

Nr. 17

HAMBURG / DEN 29. APRIL 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN

VOM

HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

HAUPTSCHRIFTFLEITUNG: DR. PAUL HEILE UND DR. KURT SINGER

INHALT

Über die Devaluation *Kurt Singer*

~~~~~ LÄNDER-BERICHTE ~~~~~

Rußland *Hans von Eckardt*

Der neue Kurs der Sowjetregierung. — Die Vergebung von Konzessionen —
Die Rolle des ausländischen und deutschen Kapitals und der Arbeit in
Rußland

Mesopotamien *Cp.*

Englisch-französischer Interessenausgleich — Mandatsstatut und Ölkonzes-
sion — Ein Weißbuch über die innere Entwicklung: Handel, Budget, Eisen-
bahnnetz, Straßenbau, Hafen von Basra

Algerien *H. Z.*

Mißernte und drohende Hungersnot — Handelsstatistik für 1920

Japan *F. W. Mohr*

Ausgang des Krieges — Japans „splendid Isolation“: Feinde ringsherum! —
Japan und die Vereinigten Staaten, Japan und China, Japan und Korea —
Die englischen Dominien im Stillen Ozean — Das englisch-japanische
Bündnis — Japans Rüstungsetat — Die Weltreise des Kronprinzen

WELTWIRTSCHAFTLICHE ÜBERSICHTEN

Geld und Kapital

Schiffahrt und Schiffbau

VI.

JAHRGANG

DER WIRTSCHAFTSDIENST ERSCHEINT DIE WOCHE EINMAL

HEFT 2 MARK

DRESDNER BANK

EIGENKAPITAL

340 Millionen Mark

Girozentrale Hamburg

Zweiganstalt der Girozentrale Hannover

Öffentliche Bankanstalt :: **Mündelsicher**

Devisen und Akkreditierungen
auf alle Plätze des Auslandes



Übernahme von Depositen auf
kürzere oder längere Termine

Anfragen erbeten

Auskünfte bereitwilligst

Geschäftsräume: Neubau Hamburg-Amerika Linie, Eingang Ferdinandstrasse 56 :: Drahtanschrift: Girozentrale
Briefanschrift: Postschliessfach 137 Hamburg 36 :: Fernsprecher: Vulkan 6083, 6084, 6085, 6086 und 6087

Nordische Bankkommandite

Hamburg 11

Sick & Co.

Laeiszhof

Fernsprecher: Elbe 1056/58
Elbe 1894, Vulkan 6191

Drahtanschrift: Nordkontor

Bank und Waren — Einfuhr und Ausfuhr
An- und Verkauf von Wertpapieren jeder Art
———— Sorten und Devisen ————

Spez.: Kolonial- u. Schifffahrtswerte, in- u. ausländische Renten

HAMBURGER HANDELS-BANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Hamburg

Aktienkapital 50 000 000 M. ☐ Reservekapital 5 000 000 M.

Telegramm-Adresse: Hacombank, für Sekretariat: Carlebank
Ferngespräche: F 117, 118, 119, Stadtgespräche: Hansa 1342,
1343, 5473, Elbe 3444, 3486, 3490, Girokonto: Reichsbank.

Ausführung sämtl. bankgeschäftl. Transaktionen.

An- u. Verkauf u. Beleihung von Wertpapieren,
Kupons-Einlösung, Errichtung laufender und Scheck-Konten
Kommissionsweiser An- u. Verkauf v. Waren im In- u. Auslande
Akkreditive u. Auszahlungen für Warenbezüge

Samson Goldschmidt

HAMBURG 36

Assekuranz-Makler

Transportversicherungen * See-, Fluß- u. Land-
transport- sowie Kriegsrisiken * Luftfahrzeug-
Versicherungen * Transportversicherungen für
Versendungen per Luftfahrzeug

Telegramm-Adresse: Sameddi, Hamburg

Fernsprecher: Merkur 2926, 2927 und 2928

HAMBURG/DEN 29. APRIL 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 17

Über die Devaluation

In einer seiner letzten Arbeiten hat Friedrich Bendixen die Aufmerksamkeit der Wissenschaft als Erster auf die Tatsache gelenkt, daß der Begriff der Devaluation sich seit dem Kriegsende in unerwünschter und nicht ungefährlicher Weise zu verschieben beginne.

„Was versteht man unter Devaluation? Devaluation ist nach den Lehrbüchern der Nationalökonomie die Herabsetzung des Nennwerts (der Geltung) von Geldzeichen. Diese Geldzeichen können Münzen (z. B. minderwertiges Scheidegeld) oder Papiergeld sein und die Devaluation kann erfolgen, um von der Papierwährung zu einer Metallwährung überzugehen, oder auch ohne diesen Zweck. Die Devaluation kann durchgeführt werden in Form eines Umtauschs der alten Gelder gegen neue Stücke (Metall oder Papier) oder durch Abstempelung des Papiergeldes, wobei entweder den Scheinen ein niedrigerer Nennwert aufgedruckt oder ein Teil des eingereichten Papiergeldes eingezogen und vernichtet wird, während der Rest durch die Abstempelung seine Gültigkeit bestätigt erhält . . .“

„Ein ganz anderes Ding ist es, was man neuerdings unrichtiger- und verhängnisvollerweise ebenfalls Devaluation zu nennen sich angewöhnt hat, nämlich die Neuordnung des Verhältnisses von Währung und Gold. Ein Staat, der eine Goldwährung suspendiert hat, indem er die Einlösung seiner Noten in Gold und die Abgabe von Gold zu Ausfuhrzwecken einstellte, beschließt die Goldwährung wieder effektiv zu machen und seine Währung von neuem an das Gold zu binden. Er sieht aber ein, daß das Verhältnis aus Währung und Gold, wie es das alte Gesetz in dem Münzfuß festgesetzt hatte, heute nicht wiederhergestellt werden kann. Vielmehr belehrt ihn der durchschnittliche Stand der Wechselkurse im Verkehr mit den Goldwährungsländern, daß er die Werteinheit mit einem weit geringeren Goldquantum gleichsetzen muß, wenn er nicht erleben will, daß ihm alles Gold abgezogen wird, und die eben erst erneute Goldwährung in kürzester Zeit wieder aufgehoben werden muß.“¹⁾

Als Beispiel der ersten Maßnahme werden die österreichische Devaluation von 1811, die russische von 1839 und die tschecho-slowakische von 1919 herangezogen, als Typus der zweiten die argentinische Währungsreform von 1897. Daß beide von der gesamten neueren Literatur zusammengeworfen werden, wird von Bendixen auf die Unklarheit über den Begriff der Werteinheit zurückgeführt. Im Gegensatz zu dieser Meinung hat Karl Elster in einer terminologischen Untersu-

chung von großer Begriffsschärfe den auch von ihm als unzweckmäßig beurteilten Sprachgebrauch aus der finanzwirtschaftlichen Herkunft des Devaluationsbegriffes verständlich zu machen gesucht.²⁾ Ist aber die Auffassung, die „wirkliche“ und die „sogenannte“ Devaluation seien nur verschiedene Ausdrücke für eine und dieselbe Sache, oder vertretbare Mittel für einen und denselben Zweck, nicht überhaupt unvermeidlich, wenn man von den Grundsätzen des Metallismus ausgeht? Wer geneigt ist, hier einen notwendigen Zusammenhang anzuerkennen, wird in den Diehlschen Vorschlägen³⁾ eine neue Bestätigung finden.

Diese Vorschläge sind in zweifacher Hinsicht bemerkenswert: sie unterscheiden sich von der herrschenden Meinung metallistischer Observanz nicht nur durch die Forderung einer Herabsetzung der Geltung des Papiergeldes, die sonst allgemein verpönt wird, sondern auch durch die Erfüllung der Bendixenschen „dringlichen Bitte“, den Begriff der Devaluation nur für diese Maßnahme zu verwenden, nicht aber für den (von Diehl ebenfalls geforderten) Übergang zu einer niedrigeren Münzparität als solche. Es wird aus seinen Darlegungen nicht deutlich, in welchem Zusammenhang beide Maßnahmen stehen sollen. Wenn er nach den Grundlagen einer Goldkernwährung mit verringerter Münzparität entwirft und fortfährt: „Mit dieser Operation, die zu einer Sanierung des deutschen Geldwesens führen könnte, wird wohl unvermeidlich eine Devaluation verbunden sein müssen, d. h. eine Herabsetzung des Nominalwertes des entwerteten Papiergeldes auf seinen Kurswert“ — so geht daraus nicht hervor, ob er die erste Maßnahme ohne die Ergänzung der zweiten überhaupt für durchführbar hält und aus welchem Grunde ihm die eigentliche Devaluation unvermeidlich erscheint.

Liegt hier nach Diehl eine währungstechnische Notwendigkeit vor? Oder ist ihm die Devaluation eine Ergänzung der Währungsreform, die durch sozialpolitische Erwägungen über den Inhalt der Geldschulden und die Schicksale der Rentner und Festbesoldeten ihre Dringlichkeit erhält? In beiden Fällen befände sich Diehl im Gegensatz zu, wohl allen, nennenswerten zeitgenössischen Befürwortern der Devaluation — die ja in Wirklichkeit nur die „sogenannte Devaluation“ wollen und für möglich halten. Da diese Schriftsteller fast ohne Ausnahme Metallisten sind, handelt es sich hier um einen Streit im metallistischen Lager, zu dessen Schlichtung der Nominalist höchstens seinen guten Dienst als Interpretator anzubieten hat.

¹⁾ „Devaluation, eine Richtigstellung“, „Bankarchiv“ v. 15. 4. 1920.

²⁾ „Nat. Ök. und Stat.“, Bd. 1 6, 2. Heft, Jena 1921.

³⁾ Vgl. „W.-D.“ Nr. 15 v. 15. 4. 1921.

Die Freunde der sogenannten Devaluation argumentieren folgendermaßen: Wenn ein Staat entschlossen ist, seine Papierwährung wieder in ein festes Verhältnis zu den Goldwährungen, in abgekürzter Redeweise: zum Gold, zu setzen und wenn er einsieht, daß die Stabilisierung der Valutakurse nicht mehr auf dem alten Niveau möglich ist, so muß er zunächst durch sorgfältige Beobachtung des Marktes der ausländischen Zahlungsmittel sich ein Urteil darüber bilden, auf Basis welcher Kurse die Zahlungsbilanz (das will sagen: Angebot und Nachfrage von einheimischem und ausländischem Währungsgeld) ohne staatlichen Eingriff sich in dauerhaftes Gleichgewicht setzen kann. (Ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, ohne Voraussetzung eines Kurses, an den die Geschäfte sich anlehnen können, ist hier so wenig denkbar wie bei irgendeiner anderen Ware. Nur unter Zugrundelegung eines Preises werden Angebot und Nachfrage zahlenmäßig begrenzt.) Nennen wir jenen Kurs die Parität und nehmen wir an, daß diese Parität $\frac{1}{x}$ der früheren Parität betrage, so wird auch das Verhältnis von Wertseinheit und Währungsmetall im Innern auf dieser Basis geregelt werden müssen. Hier eröffnen sich uns zwei Möglichkeiten. Entweder der Staat geht dazu über, einen neuen Umlauf von Währungsmünzen zu schaffen: dann muß er entweder Goldmünzen mit gleicher Geltung wie früher, aber mit $\frac{1}{x}$ des früheren Goldgehalts schaffen, oder er muß Goldmünzen mit dem alten Goldgehalt prägen, ihnen aber eine mit x multiplizierte Geltung beilegen. Worauf es ankommt, ist also nicht, wie noch Bendixens, und ihm folgend Elsters Redeweise — sehr gegen ihren eigenen Willen — vermuten lassen könnte, die Veränderung des Münzfußes — der ja nichts über die Geltung der Stücke aussagen kann, sondern des spezifischen Gehaltes, d. h. des Verhältnisses von Geltung und Gehalt der Stücke. Ob dieses Verhältnis durch Heraufsetzung der Geltung oder durch Herabsetzung des Gehalts verändert wird, ist ohne Belang. — Begnügt sich der Staat dagegen, wie in Diehls Vorschlag, bis auf weiteres mit einer „Goldkernwährung“, so wird er nach der Wahl der neuen Parität an Stelle der Änderung des spezifischen Münzgehalts den Ankaufs- und Abgabepreis für Goldbarren im gleichen Sinne ändern müssen: beide werden, ausgedrückt in neuer Währung, auf ein x -faches der alten Preise heraufzusetzen sein.

Die herrschende Meinung fährt fort: Hat der Staat die neue Parität so gewählt, wie es den wirtschaftlichen Kräften des Landes entspricht, so wird er vorübergehende Abweichungen der Kurse von der Parität durch Ankauf und Abgabe von ausländischem Gold zu festem Preise leicht verhindern können. Hiermit ist den dringlichsten Interessen von Handel und Industrie genügt; denn diese sind nicht auf einen hohen oder niedrigen, sondern auf einen gleichmäßigen Kurs gerichtet. Da die Papierwährung bereits geraume Zeit gedauert hat und eine neue Stabilität der Verhältnisse sich gebildet hat, wird eine Anpassung der Preise und Löhne an das neue Niveau vollzogen sein. Dagegen werden die Rentner und Festbesoldeten geschädigt: diese, weil sie ihre Bezüge nicht vollkommen im Verhältnis zu der im Gefolge der Inflation entstandenen Teuerung bringen konnten; jene, weil es ihnen so gut wie ganz unmöglich war. Diese Schäden aber müssen in Kauf genommen werden, da unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen die Interessen der Unternehmer und Handarbeiter den Interessen der Rentner und Beamten vorangehen müssen. Wollte man um dieser willen nicht nur das Verhältnis von Geld und Gold, sondern auch die Geltung des umlaufenden Papiergeldes

ändern und die Tauglichkeit des devalvierten Geldes für die Erfüllung bestehender Geldverbindlichkeiten (kürzer und genauer: den rekurrenten Anschluß) nach den Agioverhältnissen ihrer Entstehungszeit differenzieren, so würde die höhere Gerechtigkeit gegen die Rentner mit der höchsten Ungerechtigkeit gegen andere Klassen, insbesondere die Schuldner, und mit einer schwer erträglichen Verwirrung des Zahlungs- und Rechnungswesens erkaufte. Man müsse also auf das Bessere zugunsten des Guten verzichten. . . .

Es ist nicht leicht, zu erkennen, was Diehl einer so gewichtigen Argumentation der herrschenden Meinung entgegensetzen will — als das metallistische Dogma. Denn von diesem aus geurteilt, kann allerdings jene Währungsreform ohne Krönung durch die Devaluation nur höchst unbefriedigend erscheinen. Wenn die Wertseinheit in der Tat eine Metallmenge gewesen ist, zu sein fortführt und immerfort sein muß, so bedeuten die Wahl einer niedrigeren Valutaparität, die Herabsetzung des spezifischen Münzgehalts und die Erhöhung des Goldpreises drei Ansichten desselben Vorgangs: die Entwertung der Währung, gemessen am Währungsmetall. Was liegt für den Metallisten näher, als anzunehmen, daß dieser Vorgang erst dann ganz vollzogen sei, wenn man auch die Geltung der papiernen Zahlungsmittel im gleichen Sinn verändert habe, wie die Geltung der Goldmünzen? Er wird aber vorschlagen, daß diese Geltung um ebensoviel herabgesetzt werde, wie der Gehalt der Goldmünzen verringert worden ist — denn ist nicht die Geltung der Papierzeichen nur ein Ausdruck für eine Goldmenge, die dem Edelmetallgehalt der Währungsmünzen gleichkommt? Die Logik dieses Schlusses ist, von der metallistischen Grundlage her, wie uns scheint, durchaus unantastbar. Es kann den Schriftstellern, die jene Grundlage anerkennen, die von Diehl mit großer Folgerichtigkeit gezogene Folgerung aber für verhängnisvoll halten, überlassen bleiben, sich hierüber mit dem vornehmsten Vertreter ihrer Ideale auseinanderzusetzen. Wir begnügen uns hier damit, zur Klärung der Sache noch auf den gesichtlichen Zusammenhang des Problems hinzudeuten:

Die wirkliche Devaluation, so wie sie von Adolf Wagner definiert und wie sie von Diehl verstanden wird, ist ein Erbstück des späten Mittelalters. Damals zwangen die kostspieligen Kriege die um ihren Aufstieg kämpfenden Territorialfürsten bei unentwickelter Steuerwirtschaft und Geldverfassung, zu beträchtlichen Münzverschlechterungen, die nach Ursachen und Wirkungen vielfach mit der Papiergeld-Inflation der Gegenwart verglichen werden können. Wollte der Staat zu geordneten Zuständen zurückkehren, so schlug er wieder vollwertige Münzen und setzte die Geltung der unterwertigen, gemäß ihrer Gehaltsverminderung, herab. Diese Reduktion war durchaus sinnvoll, wenn das „gute“ und das „schlechte“ Geld nebeneinander umlaufen sollten. Wenn nun aber auch später in Fällen, wo eine zerrüttete Währung geheilt werden sollte, solche Devaluationen vorgenommen wurden, obgleich der Stoff der Zahlungsmittel, die Struktur der Geldverfassung und die Konstellation der Währungspolitik sich von Grund auf geändert hatten, so wird das den Erforscher menschlicher Entwicklungen nicht überraschen. Er weiß, daß außerhalb eines kleinen Kreises unruhiger und kühner Neuerer die Form der gestrigen Handlung die Form der heutigen zu bestimmen pflegt. Noch lange nach der Erfindung der Töpferei haben die Tongefäße das Aussehen von geflochtenen Körben. Was Stärke der bildnerischen Einbildungskraft scheint, ist hier nur Folge des zähen Hängens am Überlieferten. Sollte nicht auch der erstaunlich radikale Devaluationsvorschlag Karl Diehls ähnlich zu deuten sein?

Kurt Singer

Rußland

Der neue Kurs der Sowjetregierung — Die Vergebung von Konzessionen — Die Rolle des ausländischen und deutschen Kapitals und der Arbeit in Rußland

Lenin faßte kürzlich seine Auffassung der gegenwärtigen Lage der Sowjetregierung in die Worte zusammen: „Wir müssen entweder die Macht niederlegen oder einen völlig neuen Kurs einschlagen.“ Es ist dies nach Lenins eigenen Worten der Kurs des Staatskapitalismus, der im Lande der proletarischen Regierung, der kommunistischen Idee nicht widerspreche. Erste Etappe war die Erlaubnis des freien Handels und die Einführung der Naturalsteuer, die bereits insofern gute Früchte getragen hat, als der Preis für Getreide, Kartoffel und Butter in vielen Gegenden um 50 % gefallen ist. Überall regt sich wieder der Kleinhandel und belebt sich die Beziehung zwischen Stadt und Dorf. Die nächste Etappe soll nun die Vergebung von Konzessionen an ausländische Unternehmungen sein. Auch in dieser Frage hat man, nach russischen Angaben, auf weitere Diskussionen und Streitigkeiten mit den unentwegten Marxisten verzichtet und ist zu Taten übergegangen. 71 große Konzessionen sind bereits vergeben oder werden in nächster Zeit vergeben sein. Davon sind 30 Waldausnutzungskonzessionen im europäischen Rußland, 8 im asiatischen Rußland, 19 Konzessionen für Erz- und Kohlengruben, und 14 landwirtschaftliche Konzessionen. Die Hauptkonzessionen in der Montanindustrie liegen im Kusnetzbecken und werden auf 250 Milliarden t (?) geschätzt. Außerdem hat die Sowjetregierung den Ausländern noch 30 000 qkm Ackerland in der Ukraine konzessioniert.

Nähere Angaben entnimmt der „Ü.-D.“ (Nr. 15) einem Berichte des Kommissars Bontsch-Brudjewitsch über folgende vier Konzessionen:

Diejenige des Amerikaners Goldstone für den Bau einer Fabrik zur Erzeugung von Gerbstoffen in Akmolinsk. Die Konzessionsdauer beträgt 25 Jahre und ist verbunden mit der Berechtigung zur Ausbeutung von 50 000 Desjatinen Land.

Die Konzession zum Bau von Fabriken für Schiffsturbinen, erworben durch die Almäna Svenska Elektriska A. B. Die Konzession ist unbegrenzt; bei Zurückziehung derselben ist die Regierung verpflichtet, drei Jahre vorher davon Mitteilung zu machen, während der Konzessionär in beliebiger Zeit auf seine Rechte und Pflichten verzichten kann.

Die Konzession zur Erzeugung von Farben und chemischen Präparaten, erworben durch eine deutsche Aktiengesellschaft. Dauer der Konzession 30 Jahre.

Die Konzession zur Herstellung von Lederfabrikaten aus russischen Rohstoffen durch die Handelsfirma „Fabrik für Lederfabrikate“. Dauer gleichfalls 30 Jahre. Die Konzessionsinhaber können 50 bis 70 % ihrer Produktion ausführen, bei Beachtung der Vorschriften der russischen Fabrikgesetzgebung und der Arbeitslohntarife. —

Weitere Konzessionen sind im Norden Rußlands vorgesehen, wo völlig unerschlossene Waldschätze einen großen Holzexport, der auf der Murmanbahn vor sich gehen soll, ermöglichen würden. In diesen Gebieten bewerben sich besonders norwegische Unternehmungen um Konzessionen, während amerikanische und englische Firmen sich Vorrechte in Baku und in Grobny Kriwoi Rog und Kertsch zu sichern suchen. Diese letzteren Konzessionen in der Montanindustrie sind von größter Bedeutung sowohl für Rußland wie für diejenigen Länder, die auf diese Weise zu Kohle und Eisen

kommen werden. Außerdem verhandelt zurzeit die Sowjetregierung mit schwedischen, lettischen und anderen Firmen sowie mit dem norwegischen Konzern Hanewig und Borissow, der eine Bahn vom Obj über Kotlas und Sorokai nach Petersburg bauen will. —

Ein Teil der russischen Auslandspresse nennt diese Konzessionserteilungen, die die letzte und einzige Möglichkeit darstellen, den russischen Produktionsapparat wieder aufzubauen, eine Umwandlung Rußlands in eine Kolonie. Es sind zum Teil die gleichen Elemente, die vor dem Kriege für die nationale Verselbständigung der russischen Volkswirtschaft, die für das Schlagwort „Rußland für die Russen“ eintraten und infolgedessen die Fabel von der deutschen Vergewaltigung des russischen Wirtschaftslebens ersannen. Diese Fabel hat wesentlich dazu beigetragen, den künstlichen Deutschenhaß zu erzeugen, der mit der Unzufriedenheit weiter Kreise der russischen Landwirtschaft mit dem letzten deutsch-russischen Handelsvertrag zusammen eine der psychologischen und wirtschaftlichen Ursachen des russisch-deutschen Krieges wurde.

Der Handelsvertrag zeitigte tatsächlich für die russische Landwirtschaft unangenehme Folgen, denn er war einseitig zum Schutze der deutschen Landwirtschaft unter Berücksichtigung der industriellen russischen Interessen geschlossen worden. Er hat uns politisch ganz außerordentlich geschadet und ist ein Beweis dafür, daß die Wahrung wirtschaftlicher Interessen nur dann einen wirklichen endgültigen Nutzen bringt, wenn sie politisch nicht andere unerwünschte Nebenwirkungen erzeugt. Die Russen, die gegen die deutsche „Vergewaltigung“ seinerzeit eiferten, meinten jedoch nicht so sehr diesen Handelsvertrag und seine Folgen, sondern das in der russischen Industrie investierte Kapital und die im wirtschaftlichen Rußland tätigen Deutschen. Relativ hatte das riesige russische Reich keineswegs besonders viele Ausländer, sie standen jedoch an einer so sichtbaren und oft so maßgeblichen Stelle, daß der Eindruck entstehen konnte, Rußland sei wirtschaftlich von Ausländern beherrscht. Auf 1000 Einwohner hatte Rußland nur 1 Ausländer, — Österreich z. B. 5, England 8, Deutschland 9, Frankreich 30 und die Schweiz gar 77 Ausländer. Absolut genommen war allerdings die Zahl dieser 0,48 % der Gesamtbevölkerung sehr groß — das Reich beherbergte zur Zeit der Volkszählung von 1897 605 500 ausländische Staatsangehörige, vor dem Kriege vielleicht die doppelte Zahl. Davon waren 158 103 oder 26,1 % Reichsdeutsche, 121 599 Österreicher (20,1 %), 120 720 Türken (19,9 %) und nur 9421 (1,6 %) Franzosen, 7481 (1,2 %) Engländer, 4923 (0,8 %) Italiener. Da man jedoch im allgemeinen die Deutsch-Russen, Balten und Kolonisten zu der Zahl der Reichsdeutschen hinzuzurechnen pflegte, so erreichte die Summe der Deutschen mehrere Millionen. Die überwiegende Mehrheit aller Ausländer lebte in den Städten, die Reichsdeutschen jedoch auch in der Provinz, verstreut auf fast alle industriellen Unternehmungen. Hierüber gibt es statistische Angaben, die tatsächlich eine sehr starke Beteiligung der mit deutscher Muttersprache tätigen Elemente in dem russischen Wirtschaftsleben aufweist. In erster Linie widmeten sich die Deutschen der Landwirtschaft, sodann privater Tätigkeit und Dienst, Bedienung und Tagelöhnerarbeit, der Industrie, dem Handel, dem Baugewerbe, dem Handwerk, der Gast- und Schankwirtschaft usw.

Über die Höhe der deutschen Kapitalien bei Kriegsausbruch gibt es leider keine authentische Quelle und keine zuverlässigen Schätzungen. Man hat es bedauerlicherweise unterlassen, dieser Frage seinerzeit die notwendige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ischchanian schätzt die gesamten finanziellen Interessen Deutschlands in Rußland auf mindestens 4 Milliarden *M.* Konzentrationspunkte des reichsdeutschen Erwerbskapitals waren in Polen, also vorwiegend in Warschau und Lodz. Allein in der polnischen Textil-, Eisen- und Montanindustrie Warschaws waren über 150 Mill. *M.* deutsches Kapital investiert. Die wichtigsten deutschen Industrie- und Handelsinteressen lagen überhaupt in der Peripherie des russischen Reiches, d. h. in den jetzigen Randstaaten in Riga, Libau, Reval, Helsingfors, Odessa, Kiew, Tiflis — aber auch in Großrußland selbst in Petersburg, Moskau, Rostow a. Don. Der größte Teil der deutschen Kapitalien war in russischen Staatspapieren, Anleihen usw. angelegt; eine Spezifikation dieser Summe, die ermöglichen würde, die Höhe des produktiven Kapitals festzustellen, ist leider nicht möglich. In bezug auf Frankreich, Belgien und England gibt es genauere Angaben. Frankreich hatte Rußland rund 10 Milliarden fr. geliehen und rund 1 Milliarde in Rußland produktiv angelegt; Belgien hatte in Rußland 634 Mill. fr. sich jedoch an den russischen Anleihen nicht beteiligt; England hatte 579 Mill. *M.* in verschiedenen Industrie- und Handelsunternehmungen in Rußland und 196 Mill. *M.* in Staatspapieren angelegt. Die russischen Staatsschulden, die im Kriege außerordentlich anwuchsen, sind ein Kapitel für sich — hier sollte nur in Erinnerung gebracht werden, welche Stelle ausländische Kapitalien in der russischen Volkswirtschaft der Vorkriegszeit ungefähr einnahmen. Das deutsche Element war tatsächlich das überwiegende, wenn auch finanziell keineswegs das dominierende, — die Gesamtsumme ausländischen Kapitals gibt Ischchanian für 1912 mit 14 582 000 000 *M.* an, des deutschen in Rußland wie erwähnt mit 4 Milliarden *M.* Das deutsche Kapital war billiger zu haben wie sonstiges und begnügte sich nach dem Zeugnis kompetenter russischer Persönlichkeiten (siehe z. B. die Denkschrift des Ministers Durnowo an den Zaren vom 11. 2. 14, „Deutsche Allg. Ztg.“, April d. J.) mit weit geringerem Unternehmergewinn wie alles andere. Zudem blieb ein erheblicher Teil des Gewinns in Rußland, da die Deutschen dem Kapital nachzogen und es an Ort und Stelle produktiv verwerteten, während z. B. die Franzosen alle Erträge direkt nach Frankreich abzuführen bemüht waren. Die Deutschen waren an der Aufrechterhaltung und Förderung der russischen produktiven Kräfte interessiert, — sie stellten das Prinzip des Ausbaus ihrer Unternehmungen im Rahmen der russischen Volkswirtschaft und zu deren Nutzen, aller direkten Ausbeutung entgegen und wurden so Faktor der Industrialisierung und der Intensivierung der Landwirtschaft.

Die Behauptung von der „deutschen Vergewaltigung“ war somit ein Unsinn; Rußland hätte ohne die Ausländer und besonders die Deutschen, Arbeitskraft und Kapital, gar nicht auskommen können. Es war ein so großer Mangel an geschulten Kräften vorhanden, daß man direkt auf die Fremden angewiesen war, wenn auch der Prozentsatz der Ausländer ständig abnahm. So waren z. B. in einem großen ausländischen Werke 1880 — 80,90 % Ausländer, 1889 — 35,42 %, 1895 — 17,33 % und 1898 nur noch 8,71 %, welche Zahl dann ziemlich konstant blieb. In einem anderen Werke waren unter 90 erstklassigen Spezialisten 60 Aus-

länder, in einem dritten von 57 Meistern 37 Ausländer usw. Im allgemeinen konnte festgestellt werden, daß Rußland sich vor dem Kriege gerade auf dem Wege befand, sich seine eigenen Spezialisten, Ingenieure, Meister, heranzuziehen und daß eine kräftige Welle der Nationalisierung der Wirtschaft, besonders der Industrie, durch das Land ging. Diese Bewegung der nationalen Verselbständigung ist durch die Revolution völlig vernichtet worden — heute stehen die Russen am Anfang einer entgegengesetzten Bewegung. Heute müssen sie Kapital und Arbeitskräfte des Auslandes herbeisehnen; an eine selbständige nationale Wirtschaft kann auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr gedacht werden.

Allerdings haben sich die psychologischen Einstellungen der Russen vollständig gewandelt. Von einer Vorliebe für die Franzosen und Engländer kann nicht mehr die Rede sein, und andererseits wird von einer „deutschen Gefahr“ nicht mehr geredet werden können. Solange wie die Frage der Anerkennung und Rückzahlung der russischen Staatsanleihen nicht im positiven Sinne entschieden ist — wenn sie überhaupt zugunsten der ausländischen Gläubiger gelöst wird — ist wohl mit einer starren Zurückhaltung der ehemaligen Hauptgläubiger und Kapitalverleiher zu rechnen. Diese Frage allein, ganz abgesehen von allen politischen Erfahrungen, die man mit den ehemaligen Bundesgenossen gemacht hat und die eine neue Orientierung empfehlen, versperrt den Weg zur kontinuierlichen Fortsetzung der alten Politik. Außerdem sind die kapitalkräftigsten Länder der Vorkriegszeit es heute nicht mehr und schließlich ist die Sowjetregierung in einer so verzweifelten Lage, daß sie alle Möglichkeiten wird erschöpfen müssen, die sich ihr überhaupt bieten. Es wird viel Zeit vergehen, ehe auch nur wieder so viele Ausländer und so große ausländische Kapitalien sich in Rußland befinden werden wie in den letzten Jahren vor dem Kriege, die doch eine Zeit der nationalen Verselbständigung waren. Allerdings wird sich jetzt, dank dem Bolschewismus, das Verhältnis zwischen den Russen und Ausländern in den einzelnen Berufen und Unternehmungen sehr zu ungunsten der Einheimischen verschieben, von russischem Kapital kann zudem vorläufig überhaupt nicht die Rede sein. Immerhin ist es aber dennoch keineswegs erlaubt, den Konzessionärstaat als Kolonialland aufzufassen, — so umfangreich und beherrschend dürfte unter den heutigen Verhältnissen die Konzession kaum werden. Allen Wünschen und diesbezüglichen Plänen der Konzessionsersteller dürften natürliche Schranken gesetzt sein, die in den russischen Verhältnissen selbst und der allgemeinen Weltwirtschaftskrisis liegen. Wir Deutsche werden früher oder später unsere alte Rolle, Träger eines kräftigen Unternehmungsgeistes und treibender Faktor der russischen Wirtschaft zu sein, wieder übernehmen. Rußland ist und bleibt m. E. das gegebene Feld deutscher wirtschaftlicher Betätigung, der Arbeit und des Fleißes, — was man in Moskau sehr wohl weiß, weshalb man sich auch jetzt ganz besonders um den deutschen Unternehmer und Exporteur zu bemühen beginnt. Hoffentlich wird man jedoch dabei aus der jüngsten Vergangenheit gelernt haben und alles vermeiden, was den Anschein erweckt, als betätige sich wieder der „Drang nach Osten“, d. h. ein wirtschaftlich nationaler Eroberungswille und nackter Erwerbssinn. Darum kann und darf es sich nicht handeln, sondern einzig um eine Kulturarbeit zum Nutzen des Landes selbstgewählter Arbeitsstätte.

Dr. Hans von Eckardt

Mesopotamien

Englisch-französischer Interessenausgleich — Mandatsstatut und Ölkonzession — Ein Weißbuch über die innere Entwicklung: Handel, Budget, Eisenbahnnetz, Straßenbau, Hafen von Basra

Es ist in den letzten Tagen in der deutschen Presse viel die Rede davon gewesen, daß die englische Nachgiebigkeit gegenüber den französischen Wünschen in der Reparationsfrage mit französischen Konzessionen an englische Interessen im Orient zusammenhinge. Die einzigen Beweise für ein Zurückweichen Frankreichs vor britischen Forderungen im nahen Osten lassen sich in Mesopotamien finden. In der oft, auch schon an dieser Stelle, erörterten Mossulfrage trat zum ersten Male das französische Désintéressement zu Tage. Frankreich war durch den Sykes-Picot-Vertrag das Vilajet Mossul ohne jeden Zweifel als Interessensphäre zugesprochen. Es verzichtete im San-Remo-Abkommen endgültig auf seine Rechte und erhielt dafür freie Hand im syrischen Hinterland und einen Anspruch auf 25 % der mesopotamischen Ölgewinnung. Inwieweit auch die deutsche Frage in die Verhandlungen einbezogen wurde, ist nicht bekannt geworden, aber der Gedanke liegt allerdings nahe, daß den Franzosen die magere Abfindung im Orient nicht genügte, um sie auf die unbegrenzten Möglichkeiten verzichten zu lassen, die die Aussicht auf eine Ausbeutung der angeblich so überaus reichen Ölfelder des Vilajets Mossul verhielt. Zum zweiten Male hat sich vor wenigen Tagen gezeigt, daß Frankreich in Mesopotamien nicht einmal mehr sein ihm sonst so teures Prestige zu verteidigen bestrebt ist. Emir Feissal, der Sohn des Königs des Hedschas und selbst ehemaliger König von Syrien, der von den Franzosen aus Damaskus vertrieben wurde, ist von London nach Mekka zu seinem Vater gereist, und die zahlreichen englischen Meldungen sind unwidersprochen geblieben, denen zufolge der Emir demnächst wieder als Fürst von Mesopotamien auf der politischen Bühne erscheinen würde. Man weiß, daß Frankreich noch vor wenigen Monaten dieser Kandidatur scharfen Widerstand entgegengesetzt; wenn es jetzt seinen Widerstand aufgegeben hat, so müssen gewichtige Gründe dafür gesprochen haben. Daß eine Frage wie die mesopotamische Thronbesteigung allein ein ausschlaggebendes Gegengewicht gegen die englischen europäischen Interessen in Europa gewesen ist, erscheint ausgeschlossen. Im Komplex der übrigen französischen Opfer, die wahrscheinlich auf dem Gebiet der amerikanisch-europäischen Beziehungen liegen, hat sie zweifellos eine, wenn auch geringe Rolle gespielt.

In England selbst ist der Streit über die eigene Stellung gegenüber Mesopotamien noch immer nicht zur Ruhe gekommen, wenn er auch infolge der fremden Opposition — der Anfechtung der Mandate durch Amerika — wesentlich an Schärfe verloren hat. Auf die durch die Kriegspropaganda künstlich genährte Begeisterung für „die alte Kornkammer der Welt“ ist unter dem Eindruck der recht beträchtlichen Lasten, die der Besitz von Mesopotamien dem britischen Steuerzahler aufbürdete, rasch die Ernüchterung gefolgt. Wenn man auch heute nicht mehr, wie noch vor einem halben Jahre, von einer völligen Aufgabe Mesopotamiens redet, so sind sich doch alle maßgebenden Stellen darüber einig, daß so bald als tunlich, getreu dem ägyptischen und anderen Vorbildern englischer Nativepolitik, man den Eingeborenen den Schein und die Kosten der Selbstverwaltung und dafür den Briten den Nutzen überlassen sollte. Die zu diesem Zwecke von Sir Percy Cox, dem englischen Hohen Kommissar, unternommenen Schritte haben allerdings bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Der einberufene Notabelnrat erwies sich ebenso wie

sein Präsident, der Nakib von Bagdad, als unfähig und, was schlimmer war, als vielfach widerspenstig. Infolgedessen schien es den Engländern dringend geboten, im Hinblick auf die wieder zunehmende Unruhe im Lande endlich eine nach außen und innen angesehene, verantwortliche Regierungsspitze zu finden, die ihnen ergeben ist und bei der Bevölkerung genügend Ansehen besitzt, um endlich eine ruhige Entwicklung zu gewährleisten. Ob sie eine solche Persönlichkeit in Emir Feissal gefunden haben, muß nach den Erfahrungen, die die Türken mit diesem klugen, aber eiteln und unzuverlässigen Manne gemacht haben, zum mindesten bezweifelt werden.

Durch den englisch-amerikanischen Konkurrenzkampf auf dem Gebiet der internationalen Petroleumfragen ist die mesopotamische Mandatsangelegenheit in den Bereich der großen Weltpolitik gerückt worden. Das Mandatsstatut, das vor kurzem in der englischen Presse veröffentlicht wurde, sieht vor, daß nur solche Staatsangehörige oder nur solche Gesellschaften an der Ausbeutung der mesopotamischen Bodenschätze beteiligt werden sollen, deren Länder Mitglieder des Völkerbundes sind. Schon durch diese Bestimmung würden amerikanische Ölinteressenten von der Beteiligung an der mesopotamischen Petroleumgewinnung ausgeschlossen werden. Des weiteren werden durch das Mandatsstatut ausdrücklich die Konzessionsrechte der vor dem Kriege in Mesopotamien bevorrechteten Gesellschaften bestätigt, d. h. es wird der englischen Turkish Petroleum Company, die im Jahre 1914 kurz vor Kriegsausbruch die alleinige Konzession für die Ölgewinnung in den Vilajets Bagdad und Mossul erhalten hatte, ihr Monopol unter Ausschluß aller fremden Konkurrenz bestätigt. Die ursprünglich zu 25 % am Aktienbesitz dieser Gesellschaft beteiligte deutsche Interessentengruppe ist während des Krieges auf dem Wege der Liquidation ihres Eigentums von den Engländern beraubt worden, so daß tatsächlich sich heute das gesamte Aktienkapital der monopolisierten Turkish Petroleum Company in englischen Händen befindet. Der amerikanische Protest gegen diese Bevorzugung der englischen Interessen ist von der britischen Regierung in der Note Lord Curzons vom 28. 2. d. J. zurückgewiesen worden, wobei namentlich geltend gemacht wurde, daß eine Anfechtung der Rechte der Turkish Petroleum Company notwendigerweise auch zu einer Aufhebung der Konzession der amerikanischen Standard Oil Company in Palästina führen müsse, die ebenso wie die englische Gesellschaft in Mesopotamien vor dem Kriege Sonderrechte von der türkischen Regierung für die Ölausbeutung in Palästina erhalten hätte. Daß dieser Einwand bei den Amerikanern große Wirkung haben wird, ist nicht sehr wahrscheinlich, da das Vorhandensein von Petroleum in Mesopotamien sicher, in Palästina recht ungewiß ist.

Über Mächtigkeit und Qualität der mesopotamischen Ölvorkommen ist bisher nichts zuverlässiges bekannt geworden. Daß Erdöl im Norden und im mittleren Teil des Zweistromlandes vorhanden ist, weiß man seit langer Zeit. Namentlich die Öl- und Asphaltlager von Hit am Euphrat wurden in primitiver Form schon von Alters her von den Eingeborenen abgebaut. Die vermutlich wichtigsten Ölvorkommen befinden sich östlich des Tigris gegen die persische Grenze zu bei Kerkuk, Kifri und Hammam Ali und am Tigris selbst auf dem Westufer bei Gajara. Auf allen diesen Ölfeldern haben

jedoch, obwohl sie schon von zahlreichen Versuchsexpeditionen untersucht wurden, Bohrungen großen Stils bis zum Kriegsende wenigstens nicht stattgefunden. Ob seither die Engländer die Ausbeutung der Felder ernsthaft in Angriff genommen haben, ist nicht bekannt geworden.

Hinsichtlich der Transportmöglichkeiten bieten die mesopotamischen Öllager jede Gewähr für eine gewinnbringende Ausbeutung. Die Felder liegen nicht nur in nächster Nähe der Bagdadbahntrasse, sondern werden zum Teil auch von den schiffbaren Strömen Tigris und Euphrat durchschnitten. Zudem haben die Engländer sich in dem vor wenigen Wochen veröffentlichten Abkommen über die Abgrenzung der englischen und französischen Zonen in Mesopotamien, Syrien und Palästina das Recht der Anlage einer Rohrleitung durch französisches Gebiet zum Meere gesichert.

Über die innere Entwicklung der mesopotamischen Verhältnisse seit der britischen Okkupation ist kürzlich ein Weißbuch erschienen, das zum ersten Male amtlichen Aufschluß über die unter englischer Herrschaft erreichten Fortschritte der mesopotamischen Wirtschaft gibt. Der mesopotamische Handelsumsatz, d. h. die Gesamtziffer für Einfuhr und Ausfuhr, zeigt seit dem Kriegsende eine sehr erhebliche Steigerung. Während bis zum Jahre 1916 mit Ausnahme des Jahres 1915, in dem ein starker Rückgang zu beobachten war, sich Export und Import ungefähr stets auf der gleichen Höhe von etwa 400 Lacs Rupien (1 Lac = 100 000 Rupien) hielt, steigerte sich die Gesamthandelsziffer in den Jahren 1917/19 von 625 auf 1840 Lacs Rupien. Im Jahre 1919 waren die Einfuhrzahlen nahezu $4\frac{1}{2}$ mal größer als die durchschnittlichen Zahlen der Vorkriegsjahre. Etwa die Hälfte bis zu $\frac{3}{4}$ der Einfuhr geht im Transithandel weiter nach Persien, was namentlich auf die Sperrung der persischen Kaukasus- und Kaspischen Meergrenze zurückgeführt wird.

Weniger erfreulich sind die Zahlen, die das Weißbuch über die Entwicklung des Budgets des Mandatslandes gibt. Während sich noch im Finanzjahre 1918/19 die Einnahmen zu den Ausgaben, natürlich ohne die militärischen Lasten, wie 293,13180 zu 166,49720 verhielten, siegen die Einnahmen zwar im Jahre 1919/20 auf 495,36510 Lacs Rupien, demgegenüber aber auch die Ausgaben sich auf 521,36510 Lacs Rupien beliefen, so daß der Staatshaushalt ein Defizit von rund $2\frac{1}{2}$ Lacs Rupien aufwies. Dieser Fehlbetrag wurde in erster Linie durch die Anstellung zahlreicher neuer Beamter für das Vilajet Mossul verursacht. Für die Verteilung der Gehälter ist es lehrreich zu wissen, daß von den höheren Beträgen, d. h. denen über 600 Rupien monatlich, 507 an englische und nur 27 an indische und arabische Beamte gezahlt wurden, während von den kleineren Dienststeinkommen unter 600 Rupien nur 515 in britische und 10 754 in indisch-arabische Taschen flossen.

Die bei weitem größten Fortschritte wurden auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens erzielt. Unter der türkischen Herrschaft gab es in Mesopotamien nur die eine Teilstrecke der Bagdadbahn von Bagdad nach Samara. Am 1. 4. 20 verfügte das Land über ein Eisenbahnnetz von rund 1500 km Ausdehnung. An dem genannten Datum waren folgende Linien in Betrieb:

1. m. Spur-Hauptlinien:	engl. Meilen
Basra—Bagdad-West	352,28
Bagdad-Ost—Kuraitu an der persischen Grenze	130,03
Kut—Bagdad-Ost	108,00
1. m. Spur-Nebenlinien:	
Zubair—Dschebel Sanam (Steinbrücke)	23,55
Ur—Nasirije	9,75
Karagan—Kingarban bei Kifri	33,46
Basra- und Bagdad-Vorortlinien	41,69
	697,82

Normalspurlinien:	engl. Meilen
Bagdad—Scharkat am Tigris	185,9
(in dieser Linie ist die Strecke Bagdad—Samara enthalten)	
Bagdad-West—Bagdad-Süd	2,1
	188,00
Schmalspurlinien:	
Bagdad Süd—Feldscha	37,94
Hilla—Kifri	21,00
	58,94

Die Mehrzahl dieser Eisenbahnlinien war für militärische Zwecke gebaut worden, so daß von vornherein nicht damit zu rechnen war, daß sie in friedlichen Zeiten eine Einnahmequelle für den Staat bilden würden. In der Tat stehen den Ausgaben für das Eisenbahnwesen, die sich heute auf etwa 50 Lacs Rupien belaufen, nur Einnahmen in Höhe von etwa 9 Lacs Rupien gegenüber. Besonders schwierig ist die Lösung der Personalfrage. In der türkischen Zeit war der höhere Beamtenstab der Eisenbahnverwaltung fast ausschließlich aus Griechen und Armeniern gebildet. Nach der Abtrennung Mesopotamiens von der kleinasiatischen Türkei mußte auf diese Elemente verzichtet werden, da im Lande selbst eine armenische und griechische Bevölkerung kaum vorhanden war. Die Heranbildung geeigneter arabischer Kräfte aber wird erhebliche Zeit erfordern. Infolgedessen müssen jetzt noch etwa 80 % indische und 3 % europäische Beamte im mesopotamischen Eisenbahndienst verwandt werden, wodurch natürlich die Kosten der Verwaltung ungeheuer verteuert werden.

Die beste Anschauung von der räumlichen Entwicklung des Eisenbahnwesens im Irak gibt ein Vergleich mit den Verhältnissen in Indien. Während in Indien heute nach 70 Jahren seit dem ersten Bahnbau auf 11 000 Einwohner eine englische Meile Bahnstrecke kommt, entfällt in Mesopotamien nach fünf Jahren englischen Bahnbetriebes eine Meile Schienen auf 4500 Menschen.

Ebenso rasch wie das Bahnwesen entwickelt sich der Straßenbau, der namentlich durch das Interesse gefördert wird, daß die Eingeborenenchefs am Automobilwesen nehmen. Schon heute ist es keine Seltenheit, daß vornehmlich im südlichen Irak arabische Stammesoberhäupter selbst ihre Automobile steuern und so natürlich lebhaft darauf bedacht sind, auf ihrem Gebiete fahrbare Straßen anzulegen. Auf dem Gebiete des Wasserbaus sind bisher keine großen Anlagen zur Ausführung gekommen. Die Bemühungen des Irrigation-Departments richteten sich nur darauf, zu erhalten, was vorhanden war, da es an Geld und Arbeitskräften fehlte. Solange namentlich die Arbeiterfrage nicht gelöst sein wird, ist an eine erfolgreiche Inangriffnahme der Flußregulierung nicht zu denken. Mesopotamien mit seinen höchstens 2 000 000 Einwohnern, von denen ein großer Prozentsatz für regelrechte Arbeit unbrauchbare Nomaden sind, wird vorerst immer auf den Import ausländischer Arbeiter angewiesen sein. Dadurch wird aber nicht nur die Arbeit außerordentlich verteuert, sondern angesichts der vorhandenen Religions- und Rassengegensätze würde durch solche Heranziehung von fremden Volksmassen die innere Ruhe in einer Weise gefährdet, daß der Nutzen der geleisteten Arbeit ein fragwürdiger würde.

Einer der größten Vorteile, den Mesopotamien bisher von der britischen Okkupation gehabt hat, ist der Ausbau des Hafens von Basra. Die Kriegsnotwendigkeiten zwangen die englische Militärverwaltung, in Basra, der Basis des Angriffs auf die Türken, moderne Dockanlagen, Kais und Ladevorrichtungen zu bauen, vor allem aber den Hafen für tiefgehende Schiffe in vollem Umfange nutzbar zu machen, so daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Basra in weit höherem Maße als zuvor in Zukunft nicht nur für Mesopotamien, sondern auch für Persien das Einfallstor des Handels sein wird.

Algerien

MiBernte und drohende Hungersnot — Handelsstatistik für 1920

Nach den fetten Jahren der Vorkriegszeit und Kriegszeit folgte 1920 ein katastrophaler Umschwung. Das Land hat 1920 keine Regenzeit gehabt. Nach zwölf Monaten Trockenheit waren die kleinen kabyllischen Bauern und arabischen Viehhalter so gut wie ruiniert. 75 % der Schafe gingen ein. Gegen die drohende Hungersnot wurde eine Notstandsaktion eingeleitet, insbesondere Getreide eingeführt. Der Weizen hatte eine volle MiBernte ergeben, die Weinernte blieb um 6 Mill. hl hinter der Schätzung zurück; auch die Feige, ein Hauptnahrungsmittel der Eingeborenen, blieb in den meisten Bezirken unter dem Durchschnitt. Da auch Gerste, Hafer und Mais nicht mehr als den Durchschnitt brachten, so konnte die teilweise gute Olivenenernte das allgemeine Minus nicht ausgleichen.

So zeigt die Handelsstatistik statt des gewohnten Ausfuhrüberschusses an Nahrungsmitteln eine erhebliche Einfuhr. Während die Ausfuhr von 1690 Mill. auf 1442 Mill. sank, stieg die Einfuhr von 1358 auf 2335 Mill. fr. An Getreide wurden für 41 Mill. statt (1919) 381 Mill. ausgeführt, dagegen für 120 Mill. aus Frankreich, den Vereinigten Staaten und Rumänien eingeführt. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß das Land sich, wenn die nächsten Ernten normal ausfallen, schnell wieder erholen wird. Dafür spricht die in gewaltigen Steigerungen andauernd aufwärts strebende Kurve des Gesamthandels.

Ehe Frankreich der Selbständigkeit des damaligen Raubstaates ein Ende machte, bezifferte sich der Gesamthandel auf kaum ein Dutzend Millionen. Man verkaufte damals Getreide, Wolle, Felle, Wachs und kaufte Eßwaren, Geschmeide, Stoffe aus England, Glaswaren aus Venedig und indische Gewebe. Tunis, Ägypten, Toscana (Livorno) waren die hauptsächlichsten Lieferanten. Frankreichs Beziehungen beschränkten sich auf den Ankauf von Getreide; aber Mißhelligkeiten dabei führten zu der Expedition von 1830 und der Besitzergreifung von Algerien. Zwanzig Jahre später hatte der Handel bereits 83 Mill. fr erreicht, 1871 schon 307, 1913 war die erste Milliarde erreicht und 1920 belief er sich auf 4342 Mill. fr.

Zu den guten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt auch die nähere Betrachtung der Liste der Einfuhrgüter. Es ergibt sich nämlich, daß sich gegen 1919 nicht nur die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel gesteigert hat, sondern gerade auch die von Luxusartikeln und von Mitteln zu Betriebsverbesserungen. Das ist nur möglich, wenn man annimmt, daß Algerien in den fetten Jahren nicht nur einen erheblichen Notstandsfonds angesammelt hat, sondern überhaupt an Wohlstand bedeutend gewachsen ist.

Bei der Einfuhr fallen neben Erzeugnissen der Textil- und Bekleidungsindustrie (500 Mill., darunter Kleider und Wäsche 267 statt 1919 45 Mill. fr), Schuhwaren (57 Mill. statt 31 in 1919), Zucker (58 Mill.), Schokolade und Konfitüren (30 Mill. statt 8 in 1919), Butter und Käse (35 Mill.), Parfumerien (25 Mill. statt 8 Mill. 1919) besonders auf 300 Mill. fr, die für die Beschaffung von Maschinen, natürlich fast ausschließlich zu landwirtschaftlichen Zwecken, und 150 Mill., die — statt 33 in 1919 — für den Ankauf von 3300 Automobilen ausgegeben wurden.

Interessant ist die Mitteilung der „Times“, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten, um die Kohlen in Algerien zu verbilligen, 10 000 t deutscher Kohle zum Preise von 210 fr je t anwies, während der Marktpreis sich auf 500 fr je t stellte.

In der Ausfuhr stehen Spirituosen (376 Mill.), Wein (290 Mill.), Tabak (106 Mill.) obenan. Phosphate wurden für 18 Mill., Erze für 50 Mill. fr ausgeführt. Die Produkte der Viehzucht lieferten für 187, die der Fischerei für 18 Mill. fr.

Daß sich der Gesamthandel 1920 gegen 1919 gehoben hat, ergibt sich aus den Zahlen des Warenumschlages in den algerischen Häfen, der um 1 496 756 t. (1920: 5 383 398 t, 1919: 3 887 642 t) den vorjährigen übertraf. Der Schiffsverkehr in den algerischen Häfen wird für 1919 auf 16 268 Schiffe mit 11 592 351 t Gehalt angegeben, 1920 dagegen auf 19 615 Schiffe mit 13 743 060 t. Davon führten 1919 46 % fremde Flagge, 1920 49,6 %.

H. Z.

Japan

Ausgang des Krieges — Japans „splendid isolation“: Feinde ringsherum! — Japan und die Vereinigten Staaten, Japan und China, Japan und Korea — Die englischen Dominien im Stillen Ozean — Das englisch-japanische Bündnis — Japans Rüstungsetat — Die Weltreise des Kronprinzen

Der Ausgang des Weltkrieges, sein unerwartet jähes Ende und sein unvorhergesehener Ausgang, entsprach nicht japanischen Erwartungen. Die starke Bindung der europäischen Staaten, besonders Englands, der europäischen Vormacht in Asien, hatte Japan eine günstige Gelegenheit gegeben, neben der Ausbreitung seines wirtschaftlichen Einflusses im ganzen Stillen Ozean in China politische Forderungen von einer Tragweite zu stellen, deren Durchführung bei einer beide Kriegsparteien bis zum Weißbluten erschöpfenden Remispartie das ungeschwächte Japan zur unbestrittenen Vormacht in Ostasien und über China gemacht hätte. Das Festhalten an dem Bündnis mit England oder der Landbund mit Rußland-Deutschland gegen das Anglosachsentum war dann

in sein Belieben gestellt. Abmachungen mit Rußland aus dem Jahre 1916, die eine gemeinsame Verteidigung ihrer ostasiatischen Interessen vorsahen, deuten die Wegrichtung an, die die japanische Politik gehen zu wollen schien. Der völlige Zusammenbruch der Zentralmächte gab den anglosächsischen Seemächten einseitig ein starkes und gefährliches Übergewicht, besonders wenn es einheitlich nach einer bestimmten Richtung in die Wagschale geworfen wurde. Kein Wunder, daß dieser Ausgang des Weltkrieges mit dieser Perspektive in Japan keine rechte Siegesstimmung aufkommen ließ und den japanischen Staatsmännern gewisse Beklemmungen verursachte, zumal die Art der japanischen Wirtschaftsexpansion, die Methoden der japanischen Politik sowie die Weigerung, ja-

panische Truppen nach Europa zu senden, in weiten Kreisen der Alliierten bekanntermaßen eine gewisse japanunfreundliche Stimmung erzeugt hatte.

Daß diese Beklemmungen nicht unbegründet waren, hat die Entwicklung der politischen Verhältnisse Ostasiens während der beiden letzten Jahre in aller Deutlichkeit gezeigt, die Japan in eine Lage führte, die mit dem Worte „Feind ringsherum!“ oder besser: „Kein Freund an meinen Grenzen“ treffend charakterisiert wird.

Die Gegensätzlichkeit der japanischen Auffassungen mit denen der Vereinigten Staaten ist bekannt. Sie betrifft mancherlei Punkte. Die japanische Einwanderung nach den Vereinigten Staaten — übrigens keine Lebensfrage für Japan — ist noch immer unregelt. Das von den Japanern verlangte Recht des Landerwerbs stößt an den Küsten des Stillen Ozeans, besonders in Kalifornien, auf hartnäckigsten Widerstand. Die japanische Ausbeutungspolitik in China, die 1915 nicht weniger als ein Protektorat erstrebte, findet in den Vereinigten Staaten wenig Gegenliebe, da zwischen China und den Vereinigten Staaten alte freundschaftliche Beziehungen bestehen und amerikanischer Handel und Industrie in steigender Aufmerksamkeit und Betätigung China als einen ihrer aussichtsreichsten Absatzmärkte der Zukunft betrachtet. Sich von den enormen Entwicklungsmöglichkeiten Ostsibiriens durch eine eventuelle Okkupation der Japaner ausschließen zu lassen, liegt nicht und kann nicht in amerikanischem Interesse liegen. Und wenn auch die Meldung von dem Erwerb großer Konzessionen durch Vanderlin, die unlängst durch die Presse ging, anscheinend nur ein Versuchsballon war, so bewegte sie sich doch durchaus auf dem Wege des Möglichen und Wahrscheinlichen. Die Besetzung der nördlichen Hälfte von Sachalin durch die Japaner erweckte den Widerspruch von Washington aus wirtschaftlich-militärischen Gründen. Der große Gegensatz in der Kabelfrage im Stillen Ozean, der Streit um die Insel Yap, deren Kontrolle für die Vereinigten Staaten, wenn auch nicht eine Lebensfrage, so doch für seine wirtschaftliche Entwicklung im Fernen Osten und seine militärische Stellung daselbst von ungeheurer Wichtigkeit ist, ist erst in Nr. 10 v. 11. 3. 21 des „W.-D.“ von mir eingehend erörtert worden.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Ostsibirien hat manche japanische Hoffnung begraben. Die von der japanischen Regierung nach der Befreiung der tschecho-slowakischen Kriegsgefangenen und dem Sturz Koltshaks angestrebte Errichtung eines ostsibirischen Pufferstaates, der ganz Transbaikalien vom Baikalsee bis nach Wladiwostok umfassen, der Ausbreitung der Bolschewistenherrschaft nach dem Fernen Osten hin einen sicheren Damm entgegensetzen, Japan aber die wirtschaftliche Ausbeutung und den ausschlaggebenden politischen Einfluß sichern sollte, ist trotz aller militärischen und finanziellen Unterstützung des Generals Semennoff in Tschita nicht Tatsache geworden. Semennoff hielt dem vordringenden Bolschewismus nicht stand. Seine Truppen wurden geschlagen, zerstreuten sich und traten größtenteils auf chinesisches Gebiet über. Er selbst floh nach Korea und später nach Dalny. Die japanischen Truppen, die 1919/20 zwecks Befreiung der tschecho-slowakischen Truppen in ganz beträchtlicher Zahl die Gebiete bis zum Baikalsee, vor allem die Eisenbahnen dorthin besetzt hatten, haben das Gebiet mit der ganzen Schar der gleichzeitig eingezogenen japanischen Händler geräumt, ob freiwillig in Erkenntnis der ungeheuren Schwierigkeiten, oder ob auf energische Vorstellungen seiner alliierten Kriegsfreunde oder auf Grund vorheriger Abmachungen hin, mag dahingestellt bleiben. Japans militärischer Machtbereich beschränkt sich zurzeit nur noch auf die russische Küsten-

provinz, also im wesentlichen auf das Küstengebiet von der koreanischen Grenze, den Ussuri und den Amur entlang bis zu dessen Mündung und der in diesem Gebiet liegenden Eisenbahnen, sowie der nördlichen Hälfte von Sachalin. Ihre Besetzung soll nach japanischen Meldungen ein Pfand sein für die Regelung der noch unerledigten russisch-japanischen Fragen: Entschädigung von Rußland für Kriegslieferungen und Anleihen, sowie die Ermordung der japanischen Bevölkerung von Nikolajewsk durch die Bolschewisten, wenn auch die reichen Ölvorkommen in Nordsachalin diese Entscheidung nachhaltig beeinflußt haben dürften. Selbst in diesem Küstengebiet findet sich eine allgemeine Volksstimmung für die japanische Herrschaft nicht, obwohl sie doch eine gewisse Ruhe und Sicherheit, mindestens in den Städten, gewährleistet. Im Gegenteil, auch hier gewinnt die bolschewistische Richtung die Oberhand, und ganz allgemein wird bereits die Vereinigung auch dieser Küstengebiete mit der Republik des Fernen Ostens, deren Zentrale Tschita ist, verlangt. Immer energischer und drohender fordert man die Räumung aller russischen Gebiete durch die Japaner und predigt neuerdings bereits offen den Krieg gegen die Japaner, falls diesem Verlangen nicht stattgegeben werde. Also alles in allem: Liquidierung der einst so weitfliegenden Pläne in Sibirien, dazu antijapanische Tendenzen der Republik des Fernen Ostens, die ja nur ein Ableger der Moskauregierung ist, und der unter bolschewistischem Einfluß stehenden, militärisch noch von Japanern besetzten Küstenprovinz sowie eine einheitliche Stimmung in diesen Gebieten für Zusammenschluß zu einem Einheitsstaat unter nationaler, nicht japanischer Führung.

In China, im Norden wie im Süden, ist die Stimmung einheitlich antijapanisch, nachdem die nationale Empörung über die Lösung der Tsingtau-Schantungfrage auf der Versailler Friedenskonferenz im letzten Sommer auch die letzten Stützen der japanischen Politik in Peking, die im Anfuclub vereinigten japanfreundlichen Politiker und Militärs hinweggefegt hat, die während des Krieges jahrelang für unwirtschaftliche Anleihen und Waffenlieferungen die Geschäfte Japans besorgt hatten und auch nach ihrem Sturz noch immer die Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen suchten. Tuan Tschijui und seine hauptsächlichsten Gefolgsleute sitzen als Flüchtlinge in der japanischen Gesandtschaft, die schützend die Hand über sie hält. Die japanischen Forderungen von 1915, das Streben Japans, sich in Ostasien, auch über China, eine anerkannte Vormachtstellung zu sichern, wirken in der Erinnerung der nationalistischen Kreise Chinas fort, das eigenmächtige Vorgehen der Japaner und ihre militärischen Operationen in dem Chientaogebiet, dem an Korea anstoßenden chinesischen Grenzland, zur Unterdrückung und Ausrottung der dort lebenden Koreaner hat neue Verstimmungen geschaffen. Die Festsetzung der Japaner in Tsingtau-Schantung und ihre dort betriebene Politik hält die antijapanische Stimmung lebendig. Die Aufnahme von Verkehrsbeziehungen zu dem Vertreter Sowjetrußlands in Peking, der für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen weitestgehenden Verzicht auf alle ehemaligen Ansprüche und nachdrücklichste Unterstützung Chinas zusagte, ist japanischen Absichten unwillkommen, und peinlich ist vor allem auch die allbekannte Neigung der chinesischen Politiker und weiter Kreise der Bildungsschichten, in den Vereinigten Staaten ihr Vorbild zu sehen und deren Politik zu folgen.

In Korea nimmt die Unzufriedenheit zu. Daß sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Korea gegenüber den Zeiten der alten koreanischen Herrschaft erheblich gebessert haben, daß vor allem die äußere Ruhe und persönliche Sicherheit gewährleistet ist, daß die Erschließung des Landes

durch Bau von Häfen, Straßen, Eisenbahnen, Bergwerken usw. bedeutende Fortschritte gemacht hat, wird niemand bestreiten können, wenn auch nicht abzuleugnen ist, daß manche Erscheinungen der japanischen Kolonisationsmethoden, wie die überragende Stellung der Polizeibehörden und ihrer Gepflogenheiten, Eigentümlichkeiten der japanischen Rechtspflege und des Gefängniswesens, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und Ausschluß der Koreaner von einer wirklichen Selbstverwaltung wohl geeignet sein dürften, die friedliche Assimilierung der Koreaner unmöglich zu machen oder doch bedeutend zu erschweren. Der Gedanke von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hatte in Korea, genährt durch die zahlreichen dort vertretenen amerikanischen Missionen, schon vor Wilson in den nationalistischen Kreisen festen Fuß gefaßt. Hunderttausende von flüchtigen Koreanern, Feinde der jetzigen Ordnung, leben außerhalb Koreas in der Mandschurei und in Sibirien, wo sie auch eigene Truppenverbände, wenn auch nicht in dem von ihnen gemeldeten Umfange, unterhalten, und in Schanghai sitzt eine unabhängige Regierung der Koreaner. Wenn man auch diesen koreanischen Erscheinungen, für sich betrachtet, keinen großen Wert beilegen will, weil die Koreaner über entsprechende militärische Machtmittel nicht verfügen, so sind sie in Verbindung mit der allgemeinen Stimmung am Stillen Ozean doch wohl geeignet, zu gegebener Gelegenheit beträchtliche Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Die englischen Dominien im Stillen Ozean, Australien, Neuseeland und Kanada sind seit langen Jahren die erklärten Gegner einer japanischen Expansion im Stillen Ozean, von der sie letzten Endes eine Gefahr für den weißen Charakter ihrer Gebiete sehen, den sie durch eine japanische Einwanderung unter keinen Umständen gefährden wollen. Durch die Verteilung der Mandate, die alle deutschen Inseln nördlich des Äquators den Japanern und die südlich des Äquators Australien und Neuseeland zusprach, sind diese beiden Länder unmittelbare Nachbarn Japans geworden und eine ihrer ersten Maßnahmen war die Sperrung aller der ihnen unterstehenden Inseln für die japanische Einwanderung. Seit Jahren ist die militärische Sicherstellung gegen Japan das Hauptziel der englischen Dominien im Stillen Ozean, die deswegen auch bereits eingehend den Bau eigener bedeutender Seestreitkräfte planen, sowie ein entsprechendes Übereinkommen mit den Vereinigten Staaten zwecks marinepolitischen Zusammengehens erstreben.

So kann man von einer allgemeinen zunächst politisch-stimmungsmäßigen Isolierung Japans sprechen. Daß sie sich noch nicht zu einer vollständigen politischen Gegnerschaft der gegen Japan orientierten Staaten mit festen Abmachungen entwickelt hat, ist lediglich dem formalen Fortbestand des englisch-japanischen Bündnisses zuzuschreiben, das am 13. 7. d. J. abläuft. Bei der augenblicklichen Weltlage und der zunehmenden Spannung zwischen Amerika und England wegen der Flottenfrage kann es durchaus als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß England nicht alle Brücken nach Japan abbricht, sondern unter bestimmten Modifikationen an dem Bündnis mit ihm festhalten wird, teils um die für eine — unwahrscheinliche — Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten wertvolle Unterstützung Japans durch Ablenkung bedeutender amerikanischer Seestreitkräfte nicht zu verlieren, teils um seinen Einfluß auf die japanische Politik nicht völlig auszuschalten.

Die japanischen Politiker sind sich der isolierten Stellung Japans wohl bewußt und diese Stimmung findet einen deutlichen Niederschlag in dem letztjährigen japanischen Etat. Bei einem Gesamtbetrag von 1562 000 000 Yen sieht er nicht weniger als 738 281 000 Yen für Marine und Armee vor, also beinahe ebensoviel, wie die Ausgaben für die gesamten anderen, nichtmilitärischen Aufgaben des japanischen Staats erfordern.

In dieser Zeit außenpolitischer Sorgen hat der Kronprinz, der schon seit einiger Zeit seinen schwer erkrankten Vater in den Regierungsgeschäften vertreten hat, am 3. 3. die seit längerer Zeit geplante Weltreise angetreten, die ihn an Bord des Schlachtschiffes „Katori“ in erster Linie nach England, dann aber auch nach Frankreich, Belgien und möglicherweise auch Rumänien führen soll. Soll sie dem künftigen japanischen Thronfolger, der zum erstenmal in der Geschichte seines Landes die Inselwelt Japans verläßt, auch in erster Linie Gelegenheit geben, die europäischen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen zu lernen und ihn so auf seinen künftigen Beruf vorbereiten, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß auch politische Motive für diese Reise mitspielen, da die Zeit seines Aufenthaltes in England ungefähr mit dem Ablauf des englisch-japanischen Bündnisses zusammenfällt, dessen Verlängerung nach der ganzen Weltlage zweifellos im Interesse der beiden verbündeten Staaten liegen dürfte.

Dr. F. W. Mohr.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	26. 4.	26. 4.	26. 4.	26. 4.
	M	M	f	fr
Amsterdam .. 100 fl	2260,—	2260,20	—	201,25
Barcelona ... 100 Pesetas	902,50	896,60	39,80	80,—
Berlin 100 M	—	—	4,42½	8,90
Brüssel 100 fr	485,—	487,50	21,52½	43,25
Budapest 100 K	24,75	24,07	—	22,—
Buenos Aires. 100 Pesos ..	—	—	—	185,—
Helsingfors .. 100 FM ...	140,—	138,85	—	—
Kopenhagen .. 100 Kr	1163,75	1168,80	51,75	105,—
Kristiania ... 100 Kr	1022,—	1016,50	45,10	91,50
London 1 £	255,62½	255,62½	11,29½	22,72
Madrid 100 Pesetas	902,50	896,60	39,80	80,—
New York 1 \$	64,56	64,73	2,85½	5,76
Paris 100 fr	478,50	481,50	21,40	42,55
Prag 100 K	88,50	88,15	—	7,90
Rom 100 Lire ..	310,—	312,15	13,87½	27,85
Stockholm ... 100 Kr	1518,75	1515,95	67,15	136,—
Wien 100 K neu.	17,31	17,16	0,74	1,52
Zürich 100 fr	1125,—	1121,35	49,70	—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	26. 4.	26. 4.	26. 4.	26. 4.	25. 4.
	K	K	fr	*)	\$
Amsterdam. 100 fl	23225,—	—	468,—	—	—
Berlin 100 M	10340,—	114,—	20,75	256,50	1,54
Kopenhagen 100 Kr	12075,—	—	—	—	—
London 1 £	—	—	52,74½	—	3,89½ 60 T.
New York .. 1 \$	—	—	13,33	3,95	—
Paris 100 fr	—	—	—	52,63½	7,37
Wien 100 K	—	10,52½	—	—	—
Zürich 100 fr	11537,—	—	235,25	22,69	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
	26. 4.	26. 4.	26. 4.	26. 4.	26. 4.
Reichsmark	—92,54	—89,—	—90,22	—92,57	+873,—
Österr. Krone ..	—98,53	—98,39	—	—	—
Französ. Frank ..	—55,42	—47,45	—42,50	—56,04	—
Pfund Sterling ..	—6,77	—9,91	+20,86	+7,10	—
Dollar	+14,91	+16,83	+49,06	+14,21	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	16. 4.	23. 4.	16. 4.	23. 4.
Alexandrien	97 ¹ / ₁₆ d pari	97 ¹ / ₁₆ d pari	2 s 55 ⁵ / ₈ d—2 s 53 ¹ / ₄ d	2 s 53 ⁵ / ₈ d—2 s 55 ⁵ / ₈ d
Bombay/Kalkutta	1 s 3 ³ / ₄ d—1 s 3 ⁷ / ₈ d	1 s 3 ³ / ₈ d—1 s 3 ⁷ / ₈ d	41 d—42 d	40 ⁵ / ₈ d—41 ⁵ / ₈ d
Hongkong	2 s 6 d—2 s 6 ³ / ₄ d	2 s 6 d—2 s 6 ³ / ₄ d	8 ⁵ / ₈ d	8 ³ / ₄ d
Schanghai	3 s 2 ¹ / ₂ d—3 s 5 d	3 s 3 d—3 s 5 ¹ / ₂ d	44 ³ / ₈ d—44 ⁵ / ₈ d	44 d—44 ¹ / ₄ d
Singapore	2 s 3 ¹⁵ / ₁₆ d—2 s 4 ³ / ₃₂ d	2 s 3 ⁷ / ₈ d—2 s 4 ¹ / ₃₂ d	7 ¹ / ₄ d	7 ¹ / ₄ d

Schifffahrt und Schiffbau

Weltschiffbau

Baubestand des Weltschiffbaues Ende März 1921. (Vgl. „W.-D.“ Jhrg. 1920: S. 79, 277, 459, 635; Jhrg. 1921: S. 44.) Nach der Vierteljahrstatistik von Lloyd's Register waren am 31. 3. 1921 an Handelsschiffen über 100 Br. R. T. auf den Werften der Welt (außer Deutschland) in Bau:

1548 Dampfer	von 6 512 289 Br. R. T.
194 Motorschiffe ..	503 842 „
163 Segler	70 635 „
1905 Schiffe	von 7 086 766 Br. R. T.

Ein Vierteljahr vorher, am 31. 12. 20, hatten die Werften 1980 Schiffe von 7 179 778 Br. R. T. in Arbeit. Es ist also im letzten Quartal im Baubestand

ein Rückgang von 93 012 Br. R. T.

eingetreten. Die Statistik läßt die auf deutschen Werften in Bau befindliche Tonnage, über die aus begrifflichen Gründen nähere Angaben nicht mitgeteilt worden sind, unberücksichtigt. Es ist also nicht ersichtlich, ob und in welchem Umfange die deutsche Bautätigkeit diesen Rückgang auszugleichen vermochte.

Auf die einzelnen Schiffbauländer verteilt sich der Baubestand wie folgt:

Länder	Dampfer		Motorschiffe		Segler		Zusammen	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Großbritann.	794	3530364	66	263180	24	5049	884	3798593
Brit. Kolonien								
Kanada (Gr. Seen)	7	16031	—	—	—	—		
„ (Küste)	29	102610	2	967	6	6960		
Australien.	6	20059	—	—	2	3580	72	180402
Hongkong.	10	26245	1	150	2	910		
Andere	4	1865	1	700	2	325		
Ver. Staaten								
Atl. Küste.	89	691397	5	28432	18	13106		
Golfküste.	18	94017	3	1560	1	400		
Pazifikküst.	34	362100	2	6000	1	2260	174	1102672
Große Seen	1	1400	2	2000	—	—		
Belgien	9	26725	—	—	—	—	9	26725
Brasilien ...	1	2170	—	—	—	—	1	2170
China	11	35098	—	—	3	630	14	35728
Dänemark ...	36	69361	18	53531	1	380	55	123272
Estland	—	—	6	2225	12	3025	18	5250
Finnland ...	6	6006	4	1305	3	980	13	8291
Frankreich .	102	418584	—	—	13	8602	115	427186
Griechenld..	1	900	1	600	—	—	2	1500
Holland	154	395813	14	20080	5	1800	173	417693
Italien (einschl. Triest)	64	301221	41	40847	33	9571	138	351639
Japan	59	294346	—	—	—	—	59	294346
Norwegen ..	56	67973	5	19490	2	475	63	87938
Portugal ...	3	973	5	2550	29	10856	37	14379
Spanien	25	97901	—	—	1	150	26	98051
Schweden ..	29	49130	18	60225	5	1576	52	110931
Zus.	1548	6512289	194	503842	163	70635	1905	7086766

(a) Darunter 6 Eisenbetonschiffe von 4962 Br. R. T.

(b) „ 5 „ „ 5000 „

Mehr als die Hälfte der zurzeit im Bau befindlichen Tonnage, etwa 53,6 %, liegt auf den Werften Großbritanniens, 15,6 % sind in den Vereinigten Staaten, je etwa 6 % in Frankreich und Holland, 5 % in Italien und 4,2 % in Japan in Arbeit.

Welche Veränderungen der Baubestand der einzelnen Länder im Laufe des letzten zwölfmonatlichen Zeitraumes erfahren hat, wird aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Länder	am 30. 6. 20 Br. R. T.	am 30. 9. 20 Br. R. T.	am 31. 12. 20 Br. R. T.	am 31. 3. 21 Br. R. T.
Großbritannien	3 578 153	3 731 098	3 708 916	3 798 593
Britische Kolonien...	268 799	213 894	186 655	180 402
Vereinigte Staaten...	2 105 956	1 772 193	1 310 312	1 102 672
Belgien	24 210	27 970	28 048	26 725
Brasilien	3 196	2 258	3 768	2 170
China	29 850	51 844	53 624	35 728
Dänemark	118 439	116 063	121 279	123 272
Estland	—	—	1 100	5 250
Finnland	—	—	5 150	8 291
Frankreich	265 302	292 608	397 969	427 186
Griechenland	1 500	1 500	1 500	1 500
Holland	398 915	423 400	450 964	417 693
Italien (inkl. Triest) .	353 914	365 313	363 784	351 639
Japan	254 260	262 407	248 513	294 346
Norwegen	87 579	90 794	83 928	87 938
Portugal	3 500	2 590	2 350	14 379
Spanien	101 432	89 390	89 340	98 051
Schweden	125 899	121 849	122 579	110 931
Zusammen	7 726 904	7 515 171	7 179 778	7 056 766

Der Umfang der in Großbritannien auf Stapel liegenden Tonnage hat sich demnach während des letzten Vierteljahres noch weiter vergrößert. Es wäre jedoch verfehlt, aus diesem größeren Baubestand auf eine erhöhte Bautätigkeit schließen zu wollen. Bei einem beträchtlichen Teil der im Bau befindlichen Schiffen — man schätzt etwa 497 000 Br. R. T. — ruht die Arbeit zurzeit vollständig; infolge des Sinkens der Schiffspreise hat man die Fertigstellung der begonnenen Neubauten auf spätere Zeiten verschoben. Bei einem weiteren Teil — etwa 350 000 Br. R. T. — wird der Fortschritt der Arbeit durch Streiks verzögert. Die Bautätigkeit erstreckt sich demnach zurzeit in Wirklichkeit nur auf ca. 3 Mill. t. Bezeichnend für die Richtungstendenz im britischen Schiffbau ist auch das sich verringernde Bauergebnis. In der Tonnage der zu Wasser gelassenen Neubauten bleibt das letzte Quartal um 146 000 Br. R. T. hinter seinem Vorgänger zurück. Während im Durchschnitt das Vierteljahrsergebnis 1913 sich auf 23 % der gesamten im Bau befindlichen Tonnage stellte, betrug es im Jahr 1920 nur etwa 13 % und ist im 1. Vierteljahr 1921 weiter auf 8 % zurückgegangen. Es liefen vom Stapel:

1. Quartal 1920	131 Schiffe von	454 244 Br. R. T.
2. „ „	165 „ „	522 093 „
3. „ „	244 „ „	483 457 „
4. „ „	176 „ „	579 933 „
1. „ 1921	131 „ „	433 607 „

Beginnen wurde die Arbeit während des Vierteljahres bei 99 Schiffen mit 392 877 Br. R. T.

Auf die verschiedenen Baudistrikte Großbritanniens verteilt sich die zurzeit in Arbeit befindliche Tonnage wie folgt: Glasgow hat 1 009 000, Newcastle 629 000, Greenock 368 000, Sunderland 346 000, Belfast 338 000 Br. R. T. im Bau. Über die Größe der Neubauten gibt folgende Aufstellung Auskunft:

Größe Br. R. T.	Anzahl der Neubauten	Größe Br. R. T.	Anzahl der Neubauten
100—500	113 (24*)	6000—8000	126
500—1000	107	8000—10000	63
1000—2000	92	10000—12000	4
2000—3000	77	12000—15000	28
3000—4000	72	15000—20000	25
4000—5000	53	20000—30000	6
5000—6000	94		
		Zus.	860 (24*)

*) Die eingeklammerte Zahl bezieht sich auf Segler.

Etwas weniger als ein Drittel des Baubestandes der englischen Werften ist von fremden Bestellern in Auftrag gegeben.

Es sind im Bau für:	Anzahl	Br. R. T.
Englische Dominions . . .	18	87 720
Belgien	5	17 060
Dänemark	7	25 775
Frankreich	58	295 298
Griechenland	7	23 230
Holland	26	210 708
Italien	5	64 300
Japan	4	25 200
Norwegen	71	241 381
Südamerika	11	27 545
Spanien	15	46 600
Schweden	2	10 340
Vereinigte Staaten	5	28 411
Andere Länder	2	4 750
Zus.	236	1 108 318

Die Vereinigten Staaten, die zu Anfang des vorigen Jahres noch fast 3 Mill. Br. R. T. im Bau hatten, haben jetzt nur noch wenig über 1 Mill. t auf Stapel.

Frankreich hat bisher seinen Baubestand ständig vergrößert, es steht zurzeit mit 427 000 t an dritter Stelle.

Holland und Italien weisen mit 418 000 und 352 000 t geringe Rückgänge auf, Japan zeigt mit 294 000 t ein geringes Plus gegenüber dem Stand am Ende des vorigen Quartals.

An Tankdampfern oder Tankmotorschiffen über 1000 Br. R. T. liegen in der Welt zurzeit 187 mit einem Gesamttonnage von 1 320 193 Br. R. T. an Stapel, und zwar 84 mit 557 027 t in Großbritannien und 82 mit 632 016 t in den Vereinigten Staaten (etwa 57 % der hier im Bau befindlichen Gesamttonnage). An Motorschiffen sind 504 000 t im Bau.

A. K.

Vermischtes

Englische Erklärung über die Zulassung Deutscher zu den früheren deutschen Kolonien. Im Januar ging durch die Presse eine angeblich aus der Londoner „Times“ entnommene Notiz, wonach den Deutschen die Rückkehr in die Kolonien durch die englische Regierung wieder gestattet würde. Auf eine in dieser Angelegenheit durch die deutsche Botschaft an die zuständige Stelle in London gerichtete Anfrage ist die folgende Auskunft gegeben worden:

1. Mit Bezug auf Ew. Exzellenz Note vom 14. 1. in der die Anfrage gestellt wird, ob Erlaubnis für die Zulassung Deutscher zu den früheren deutschen Kolonien unterm 10. 1. gegeben ist, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß, soweit die deutschen Kolonien, die jetzt von S. M. Regierung als Mandat verwaltet werden, in Frage kommen, die Notiz, die in der deutschen Presse umlief, nämlich daß generell den Deutschen Erlaubnis erteilt wird zurückzukehren, ohne irgendwelche Begründung ist.

2. Von allen früheren Feinden, welche Zulassung oder Wiederzulassung in eine britische Kolonie oder in ein britisches Protektorat wünschen, wird verlangt, daß sie einen Erlaubnisschein, ausgestellt vom Kolonialsekretär, oder einem

gleichberechtigten Beamten der Kolonie oder des Protektorates, in welches sie einzureisen wünschen, bringen, ehe ihnen Zulassung gestattet wird; ein diesbezügliches Gesetz ist für alle Kolonien und Protektorate erlassen. Das Gesetz ist auf eine Zeitdauer von drei Jahren bemessen, nach deren Verlauf die Angelegenheit wieder neu beraten werden kann. Es wurde beschlossen, dieselbe Politik zu verfolgen betreffs Zulassung von früheren feindlichen Ausländern zu den Gebieten (territories), für welche S. M. Regierung Mandate übernommen hat.

3. Was die Liquidation von deutschem Eigentum in solchen Gebieten anbelangt, so sind keinerlei Änderungen in den bestehenden Vorschriften gemacht worden.

4. Mit Bezug auf die Einreise Deutscher und der Behandlung ihres Eigentums in den Gebieten, für die die Dominien mit Selbstverwaltung Mandate übernommen haben, bin ich mir keines Wechsels in der bisherigen Politik bewußt. Jedenfalls werden weitere Erkundigungen bei den betreffenden Regierungen gemacht werden, deren Ergebnisse ich Ihnen jederzeit mitteilen werde.

Neuerscheinungen

Einzusehen in der Bibliothek des Welt-Wirtschafts-Archivs, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Allgemeines

„Die Seele des Geldes.“ Grundlagen und Ziele einer allgemeinen Geldtheorie von Karl Elster. Jena: Fischer 1920. XVI. 370 S.

Ein großangelegter Versuch, die Ergebnisse der Geldlehren Knapps und Bendixens zu einem neuen System zusammenzufügen. Verfasser geht von einer neuen Theorie der Gemeinwirtschaft aus, die er der Tauschwirtschaft einer früheren Zeit gegenüberstellt, indem er Kauf und Tausch nach ihren psychologischen Grundlagen streng unterscheidet. Einen Wert des Geldes erkennt Elster nicht an.

„Der neue Weltverkehr.“ Von Richard Hennig. Berlin: Siegmund 1920. 158 S. (Die neue Welt.)

Die Schrift füllt eine Lücke aus, indem sie die Verkehrsprobleme unter den Wandlungen des Krieges und der Nachkriegszeit darstellt (See-, Binnenschiffahrts-, Landverkehr). -dt.

„Bibliographie der Kriegsliteratur.“ (Politik, Geschichte, Philosophie, Völkerrecht, Friedensfrage.) Im Auftr. d. Österr. Völkerbundliga. Von Josef L. Kunz. Berlin: Engelmann 1920. 101 S.

Deutschland

„Das politische Schriftwesen im deutschen auswärtigen Dienst.“ Ein Leitfadens zum Verständnis diplomatischer Dokumente von Hermann Meyer. Tübingen: Mohr 1920. 108 S.

„Das deutsche Ortsbuch.“ Vollständiges Gemeindelexikon enth. alle selbständigen Ortschaften u. Gutsbezirke (etwa 70 000 pol. Gemeinden im deutschen Reichsgebiet unt. Berücks. der in Ausführung der Friedensbedingungen erfolgten Landesabtretungen an Belgien, Danzig . . . Anl.: E. aml. Eisenbahnübersichtskarte des Reichs. Hrsg. von Friedrich Müller. Barmen 1921: Born. 499 S.

„Schriften zur Auswanderung.“ H. 1—4. Stuttgart: Ausland und Heimat. (1920.) 1. Griesebach, M.: Einzel- oder Genossenschafts-Siedlung. 2. Jung: Auswanderung und Landwirtschaft. 3. Luß, O.: Auswanderer und Akademiker. 4. Mühlens, P.: Arzt und Auswanderung.

„Tarif für die gemäß § 6 der Verordnung über die Außenhandelskontrolle“ vom 20. Dez. 1919 zu erhebenden Abgaben nach dem Stande v. 10. Jan. 1921. Im Auftrage der Handelskammer bearb. von der Auskunfts-Abt. (Hamburg 1921.) (Veröffentl. d. Auskunfts- u. Verkehrs-Abt. d. Handelskammer Hamburg. H. 3.)

„Valuta-Dumping.“ Von Rudolf Dalberg. Berlin: Heymann 1921. 44 S. 8,- M.

„Die deutsche Finanzwirtschaft und der Ausweg aus der Not.“ Von v. Pistorius. Stuttgart: Enke 1920. 69 S. (Finanz- und volkswirtsch. Zeitfragen. H. 70.)

„Industriepolitische Gesichtspunkte in der Besteuerung.“ Von Elsa F. Pfau. Stuttgart: Enke 1921. 148 S. (Finanz- und volkswirtsch. Zeitfragen. H. 71.) 22,60 M.

- „Industrie und Gesetzgebung.“ 2. erw. Aufl. von Franz Miethke. Dresden: Zahn & Jaensch. (1920.) 298 S. Verf. prüft eine Reihe der neuesten Gesetze auf die von ihm behauptete Unternehmerfeindlichkeit. -dt.
- „Die hausindustrielle Weberei Deutschlands.“ Entwicklung, Lage und Zukunft von Hans Michel. Jena: Fischer 1921. VII. 144 S.
Die Darstellung umfaßt das unverstümmelte Deutschland vor dem Versailler Vertrag, also namentlich einschließlich des Elsasses. -dt.
- „Zur Sozialisierung des Bergbaues.“ Von Eugen Köngeter. Berlin: Deutsche Kohlen-Zeitung 1920. 24 S. (Veröffentl. d. Zentralverb. d. Kohlenhändler Deutschl. 4.) Kritische Äußerung zu den Vorschlägen der Sozialisierungskommission. -dt.
- „Die Indexziffern der Frankfurter Zeitung.“ Großhandelspreise, Börsenkurse. Von Ernst Kahn. Frankfurt a. M.: Societäts-Dr. (1921). 26 S. Erw. Abdruck aus: Frankfurter Zeitung.
- „Zur Reform der Lebensmittelgesetzgebung.“ Vortr. v. A. Juckenack. Berlin u. Leipzig: Vereinig. wiss. Verl. 1921. 28 S. (Wege d. Volkswohlfahrt. H. 6.)
- „Ausstellungs- und Messe-Amt der deutschen Industrie.“ Jahrbuch f. d. 15. Geschäftsjahr 1921. Berlin 1920: Büxenstein.
- „Eisenwirtschaftsverordnung.“ Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft vom 1. April 1920. (Reichsgesetzblatt S. 435.) Hrsg. v. Franz Dohow u. Paul Gieseke. Berlin: Spaeth & Linde 1920. 54 S.
Abdruck der Verordnung nebst Erläuterung und Vorgeschichte sowie Wiedergabe der Geschäftsordnung des Eisenwirtschaftsbundes. -dt.

Übriges Europa

- „Stolypinsche Agrarreform und Feldgemeinschaft.“ Von Konstantin von Diebe. Leipzig und Berlin: Teubner 1920. VIII. 89 S. (Osteuropa-Institut in Breslau. Quellen und Studien. Abt. 1. H. 3.)
- „Das Justizwesen der Sowjetrepublik.“ (Gesetze und Verordnungen.) Hrsg. v. Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus. Berlin: Kulturliga 1920. 56 S. (Sammlung v. Quellen z. Studium d. Bolschewismus. H. 5.)
- „Rußland im Friedensvertrag von Versailles.“ (Artikel 116, 117, 292, 293, 433 des Friedensvertrags.) Kommentar nebst einschlägigen Noten von F. C. Zitelmann. Berlin: Vahlen; R. Engelmann 1920. XII. 125 S. (Vorveröffentl. a. d. Kommentar z. Friedensverträge.)
- „Die Reste der russischen Volkswirtschaft.“ Von Bernhard Treuenfels. Stuttgart. Enke 1920. 100 S. (Finanz- u. volkswirtschaft. Zeitfragen. H. 64.)
- „Die schweizerischen Industrien im internationalen Konkurrenzkampf.“ Von Peter Heinrich Schmidt. 2. voll. umgearb. Aufl. Zürich: Orell Füßli. 1920. VIII. 214 S.
Das 1912 zuerst veröffentlichte Werk erscheint jetzt in 2. Auflage, die völlig umgearbeitet wurde. Im Hinblick auf die Lage unserer Exportindustrie und die verwickelten Konkurrenzverhältnisse in der Schweiz im Zusammenhang mit der Valuta hat die Schrift ein besonderes Gegenwartsinteresse. -dt.
- „Report on the post-war economic and industrial situation of Denmark.“ London: Stat. Off. 1920. (Department of Denmark.) 1920 [by R. M. Turner]. [Cmd. 955.]
- „Das Geldwesen im besetzten Frankreich.“ T. 1. Von Georg Suess. München: Drei-Masken-Verl. 1920. 1. Bis zum Erlaß d. Stadtscheinverordnung u. zur Gründung d. Generalwechselamts. (Anfang 1916.)
- „Republique Française. Tableau général du commerce et de la navigation. Année 1917. 1. 2. Paris 1918. — Impr. Nat.
- „Statistiques de l'industrie minière dans les colonies françaises pendant les années 1916/17.“ Paris: Bureau de vente des publ. col. 1920.

Amerika

- „Brasilien.“ Mit 1 Übersichtskarte. Von Adolf Bieler. Hamburg: Friederichsen 1920. 152 S. (Auslandswegweiser. Bd. 4.)
- „Nützliche Winke für Auswanderer nach Brasilien.“ Hrsg. auf Veranl. u. unt. Mitw. d. Einwanderer-Beratungsstelle d. deutschen Kolonie in Rio de Janeiro von H. Hinden. Hamburg: Friederichsen 1920. 44 S.
- „Ratschläge für Auswanderer nach Südbrazilien.“ Auf Veranlassung d. Zentral-Vereins f. Handelsgeographie u. Förderung deutsch. Interessen im Auslande zu Berlin. 6. umgearb. u. verm. Aufl. Bearb. u. hrsg. von A. W. Sellin. Berlin: Selbstverl. 1913. 1920.
- „Aufklärung für Auswanderer nach Chile.“ Hrsg. v. Deutsch-Chilenischen Bund, Santiago. Valparaíso um 1920. Victoria. 34 S.
- „Chile als Land der Verheißung und Erfüllung für deutsche Auswanderer.“ Eine Landes- und Wirtschaftskunde. Mit einer Karte von Chile. Von Otto Buerger. Leipzig: Dieterich 1920. VIII. 272 S.
- „Sieben La-Plata-Jahre.“ Arbeitsbericht und wirtschaftspolitischer Ausblick auf die Weltkornkammer am Rio de la Plata. Mit Abb. u. Kartenbeil. Von Albert Boerger. Berlin: Parey 1921. VII. 447 S.
Mit wissenschaftl. Gründlichkeit hat der Verfasser das von ihm als Leiter der staatlichen Versuchsfarm „La Estanzuela“ gesammelte reichhaltige Beobachtungsmaterial in seinem Tätigkeitsbericht zu einer mustergültigen Darstellung der Landbauverhältnisse in den so überaus entwicklungsfähigen Getreidegebieten Uruguays verarbeitet. Wer sich über Klima, Boden, Arbeitsmittel und Arbeitskräfte und besonders über die Anbauverhältnisse von Weizen, Getreide, Hafer, Lein und Mais in den La-Plata-Gebieten unterrichten will, findet in diesem trefflichen Buch alles Wissenswerte.
- „A Report on the general economic and financial conditions of Brazil for the year 1919.“ By E. Hambloch. London: Stat. Off. 1920. Department of Overseas Trade. [Cmd. 840.]
- „Republica Argentina.“ Anuario Estadístico 1917. Buenos Aires 1919: Gotelli. (Depart. Nacional del Trabajo. Boletín No. 42.)
- „Deutsch-argentinisches Kolonisationsunternehmen.“ Von Guillermo Schmidt-Klugkist. Nr. 1. Bremen 1920: Hauschild. 1. Kolonie Florencia (Provinz Nord Santa-Fé), Argentinien.
Der Wert des kleinen Büchleins besteht in den unmittelbar aus der Praxis heraus gegebenen zahlenmäßigen Angaben und Kostenanschlägen für verschiedene Kulturen. W.

Asien

- „Uitvoerproducten van Ned.-Indië.“ 1. Kemiriele. 2. Balam-en Soenteipitten. 3. Drakenbloed. 4. Patchouli. (Buitenzorg) 1920: Soekaboemische Snelpersdr. (Depart. van Landbouw, Nijverheid en Handel. Public. v. d. Afd. Handel i. 1920. Nrs.)
- „Beplante uitgestrekte heden in het groot-landbouwbedrijf in Ned.-Indië. (Buitenzorg 1920.) (Publicatie van den afdel. handel in 1920. Nr. 4.)
- „Jaarverslag van de winning, het vervoer en den verkoop van Banka Tin over het exploitatiejaar 1917.“ Batavia 1920. Landsdr.

Afrika

- „Kriegs-Safari.“ Erlebnisse und Eindrücke auf den Zügen Lettow-Vorbeckes durch das östliche Afrika. Von Richard Wenig. Berlin: Scherl (1920). 250 S.
- „Südafrika im Weltkrieg.“ Der Zusammenbruch in Deutsch-Südwestafrika. Die Politik der Südafrikanischen Union während des großen Krieges. Weltfriede? Von Gouverneur a. D. Dr. Seitz. Berlin: D. Reimer. 1920. 111 S.
- „Farming opportunities in the Union of South Africa. Comp. and publ. by the South African Railways & Harbours Administration in collaboration with the Department of Agriculture. Johannesburg & London: South African Railways and Harbours. 1919. 255 S.

HAPAG

HAMBURG-AMERIKA LINIE IN VERBINDUNG
MIT DEN UNITED AMERICAN LINES INC.

HAMBURG-NEW YORK

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa 8tägigen Zwischenräumen.
Die Dampfer löschen in New York am Pier 7, Cityfront. Nach
Baltimore u. Philadelphia regelmäßige Dampfer-Expeditionen
in etwa halbmonatigen Zwischenräumen.

HAMBURG-SUDAMERIKA

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa 14tägigen Zwischenräumen
nach Rio de Janeiro, Santos, Montevideo und Buenos Aires sowie in
Durchfracht nach Rosario, Paraná, Santa Fé, Bahia Blanca u. Asunción.

HAMBURG-OSTASIEN

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa monatigen Zwischen-
räumen mit Dampfern von Alfred Holt & Co., Liverpool, und
Ellerman & Bucknall Steamship Co. Ltd., London, nach Penang, Port
Swettenham, Singapore, Hongkong, Shanghai, Nagasaki, Moji, Kobe,
Yokohama und in Durchfracht nach allen bekannten Nebenplätzen.

HAMBURG-CUBA-MEXICO

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa monatig. Zwischenräumen
nach Havana, Tampico, Vera Cruz evtl. Progreso und Puerto Mexico.

KÖLN-ENGLAND

Regelmäßiger 10tägiger Dienst von Köln nach London-Ooole u. anderen
Häfen d. Ostküste Englands. Die Rheinhäfen werden Bedarf angeliefert.

REISEBÜROS/LUFTVERKEHR

Reisebüros an allen größeren Plätzen. Amtlicher Vorverkauf von
Eisenbahnfahrkarten und Schlafwagenplätzen ohne Aufschlag. Reise-
gepäckversicherung (auch für Übersee).

PERSONENBEFÖRDERUNG

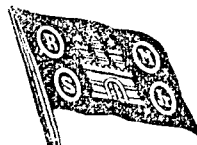
Nach Nord-, Zentral-, Südamerika, Ostafrika, Ostasien usw. über
deutsche, holländische, skandinavische und italienische Häfen.

Nähere Auskunft:
Hamburg-Amerika Linie, Hamburg
und deren Vertretungen.

Rob. M. Sloman jr.

Hamburg, Baumwall 3

Reederei, Schiffsmakler und Befrachtungsgeschäft



Rob. M. Sloman jr.'s Mittelmeer-Linie

Regelmäßiger Dampferdienst von Hamburg nach den
spanischen und italienischen Häfen
des westlichen Mittelmeeres und zurück nach Hamburg

Verkehr nach Norwegen

Det Söndenfjelds-Norske Dampskibsselskab,
Kristiania

Regelmäßiger 8tägiger Fracht- und Passagierverkehr nach
Ost-Norwegen

Det Bergenske Dampskibsselskab, Bergen
Det Nordenfjeldske Dampskibsselskab,
Drontheim

Regelmäßiger 8tägiger Fracht- und Passagierverkehr nach
West-Norwegen



Deutsche Levante-Linie

Hamburg

Nächste Expedition nach:

Tunis, Malta, Haifa, Jaffa und Alexandrien
deutscher D. „**X**“ ca. 10. Mai 1921

Oran, Algier, Tunis, Malta, Tripolis i. B., Triest, Venedig,
Ancona, Bari, Patras und Salonik

deutscher D. „**Faust**“ ca. 20. Mai 1921

Kapt. Schönau

Nähere Auskunft erteilt:

Deutsche Levante-Linie

Mönckebergstraße 7, Levantehaus,
sowie für

Malta, Tripolis i. B., Alexandrien und Palästina
SPIELMANN & CO., Luisenhof,

für den Adria-Dienst:

August Bolten, Wm. Miller's Nachfig.,
Admiralitätstr. 36.

EMDER VERKEHRSGESELLSCHAFT A.-G., EMDEN

FERNRUF: NR. 24, 96 UND 216 • TELEGRAMM-ADRESSEN:
VERTRETUNGEN: „EVAG“; SPEDITION: „OCEANFAHRT“

SEE- UND KANALSCHIFFFAHRT

DURCHFRACHTVERKEHR VON RHEIN-
UND KANALHAFEN SEEWÄRTS

GENERALVERTRETUNGEN:

Hamburg-Amerika Linie, Hamburg-Südamerika-
nische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Deutsche
Levante-Linie, Deutsche Dampfschiffahrts-Gesell-
schaft „Kosmos“, Deutsche Ostafrika-Linie
Aktien-Gesellschaft, Woermann-Linie Aktien-
Gesellschaft, Reederei A. Kirsten, Rhederei-Ver-
einigung G.m.b.H., Syndikats-Rhederei G.m.b.H.,
Det Nordenfjeldske Dampskibsselskab, Nord-
Deutsche Versicherungs-Gesellschaft

SCHIFFSMAKLEREI • SPEDITION • BEFRACH-
TUNG • KOMMISSION • ASSEKURANZ • STAUEREI
KAIBETRIEB UND LAGERHAUSER • SCHIFFS-
BELEIHUNGEN UND SCHIFFSVERKAUFE

„Ollbinger“

Hamburg-Düsseldorfer Versicherungs-

Aktien-Gesellschaft

Gumbiner

Alsterdamm Nr. 39 * (Europa-Haus)

Aktientkapital. M 9000000.—

Gesamtreserven über M 16000000.—

Wirtschaftsrechnung

ohne Verlust

für Schiffahrt, Handel u. Industrie

Für Schuhfabriken!

Spaltfleckleder

für den Abfahbau, besonders geeignet zum Herstellen von schwerem Schuhwerk, gar. 92% Leder, Lieferung in Platten von 47x57 cm und ca. 4 1/2 mm Stärke, Gewicht einer Platte ca. 1200 gr., vorzügl. eingeführt bei in- und ausländischen Schuhfabriken

Berein Chemischer Fabriken, Aktiengesellschaft

Wert Rehmsdorf (Kreis Zeitz)

Eiserne Akten-Regale

standfest / raumsparend / leichtes Gewicht / keine Abnutzung / preiswert sofort vom Lager lieferbar.
Angebote und Zeichnungen kostenlos.

Panzer Aktiengesellschaft, Berlin N. 20

Es ist erschienen:

Weltübersicht der Masseinheiten

Die gebräuchlichen Längen-, Flächen-, Raum-, Gewichts- und Wertmasse aller Länder

Im Auftrage des Wirtschaftsdienstes

aufgestellt von H. Bohnert

Preis Mk. 3.— und 20% Teuerungszuschlag

Zu beziehen durch den Verlag des Wirtschaftsdienstes

Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 12

H. O. Persiehl

HAMBURG 8, Gutenberghaus

Buchdruckerei

Steindruckerei • Buchbinderei

Druck von Wertpapieren aller Art:

Aktien, Gewinnanteilscheinbogen,

Stempelmarken, Schecks, Wechseln

usw.

Lederpappenfabrik

Th. Ficker, Pischwitz, Post Limmritz
in Sachsen

liefert

Ia. Hanflederpappen

jeder Größe u. Stärke, naturfarbig, glatt, geprägt, bedruckt u. in jeder Farbe gestrichen, außerdem Zuschnitte, Versandschachteln.

Als Spezialität:

Universal-Mappen, Kasten, Mappen und Lager-Kasten

Mehrere erstklassige Vertreter

(vom Kreise unserer Abonnenten)

wünschen die

Übernahme von Vertretungen leistungsfähiger Häuser

der Mode-, Textil-, Galanterie- u. Papierwarenbranche, wie auch in technischen u. chemischen Artikeln

Angebote vermittelt die Administration der „Mittel-Donau“
V., Klotild-utca 16.

Ufermann & Wulff Nachflg.

Groschardt & Gowa *** Fernsprecher: Elbe 1881

Lieferanten erster Firmen, Banken und Behörden, der Hamburger Handelskammer usw.

Drucksachen für Handel u. Gewerbe

Sehmaschinenbetrieb • Eigene Buchbinderei

Hamburg 11 • Deichstraße 48-50

Direction der Disconto Gesellschaft

Berlin und Niederlassungen

Kapital und Reserven Mk. 456,000,000.-

Norddeutsche Bank in Hamburg

Hamburg, Altona und Harburg

Kapital und Reserven Mk. 80,000,000.-

A. Schaaffhausenscher Bankverein A.G.

Cöln und Niederlassungen

Kapital und Reserven Mk. 115,000,000.-

Die Banken vertreten die von der Disconto Gesellschaft und der Norddeutschen Bank gemeinsam gegründeten Banken

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg

und Brasilien, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Santos, Porto Alegre und Bahia

Bank für Chile und Deutschland, Hamburg

und Chile (Banco de Chile y Alemania), Valparaiso, Concepcion, Santiago, Temuco, Valdivia

Schiffs-Installation Aktiengesellschaft Bremen-Hamburg-Stettin

Fernruf für Bremen:
Amt Roland Nr. 993 u. 994



Fernruf für Hamburg:
Amt Elbe Nr. 5075 u. 5076

Elektrische Licht- und Kraftanlagen für Schiffe Schwimmdocks, Kräne, Bagger, Getreideheber Elektrische Anlagen für Werften u. Hafenbauten

Dampfdynamos, Dieseldynamos, Turbodynamos, Einanker- u. Schweißumformer
Elektromotoren, Elektrisch angetriebene Winden, Elektrische Bohrmaschinen
Kabel, Leitungen, Installationsmaterialien, Telephone, Telegraphen (elektr. u. mech.)

Elektrische Beheizung, elektrische Back- und Kochapparate
Drahtlose Telegraphie und Telephonie